



GEW/

Hochschulfragen

DDS

*Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern*

**Oktober
2009**

Hochschulfragen

- 3 Zwischen Verwaltung und verändertem Bildungsverständnis**
Bachelor und Master in der alltäglichen Praxis
von Dr. Magnus Treiber
- 5 Keine Hoffnung für Bologna?**
von Julian Esselborn
- 6 Sackgasse Hochschullaufbahn**
von Dr. Andreas Keller
- 8 TUM School of Education: LehrerInnenbildung als eine tragende Säule des Profils der TU München**
Interview mit Prof. Dr. Manfred Prenzel
von Gerhard L. Endres

Zum neuen Schuljahr

- 11 Wo ist eigentlich die Mitte – und was bringt das Schuljahr 2009/10?**
von Gele Neubäcker
- 12 Schluss mit diesem Theater!**
GEW zur »Dienstlichen Regelbeurteilung 2010«
von Gele Neubäcker
- 13 Doppelzünftigkeits in der Bildungspolitik**
Zur Situation an der Beruflichen Oberschule (FOS/BOS)
von Dr. Christian Zimmermann

Tarifangelegenheiten

- 15 L-EGO – Besser gleich!**
Start der Verhandlungen zur Länder-Entgeltordnung (L-EGO)
von Ilse Schaad und Gesa Bruno-Latocha
- 17 Langer Atem macht sich bezahlt**
Lebenshilfe Kronach geht in Tarifbindung
von Günther Schedel-Gschwendtner und Christian Ascherl
- 18 Erlesenes**
- SozialarbeiterInnen zwischen Anpassung und Ausstieg
- Ein Ministerialbeamter packt aus
- Herzkrank und auf der Suche nach sich selbst

Rubriken

- 20 Dies und Das**
- 22 Veranstaltungen**
- 23 Glückwünsche und Dank**
- 24 Kontakte**

Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder: Montag und Donnerstag von 13.00 - 16.00 Uhr • Tel.: 0 89-54 37 99 59 Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

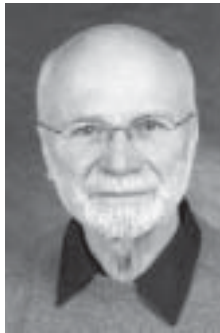
Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Trauer um Professor Dr. Kurt Singer



Tief betroffen erhalten wir soeben die Nachricht vom Tod unseres Kollegen Professor Dr. Kurt Singer. Viele Jahre war Professor Singer Mitglied, Berater und Begleiter der GEW, insbesondere, wenn es um

Fragen einer humanen Schule ging. Singer war ein unermüdlicher Mahner, der konsequent die Würde von Schülerinnen und Schülern ins Zentrum seiner schulpolitischen Konzepte einer »Humanen Schule« stellte und dabei keine Konfrontation mit Kritikerinnen und Kritikern scheute, jedoch stets einfühlsam und mit dem Ziel einer Einigung.

Wir trauern um einen liebenswürdigen Menschen und großen Wissenschaftler.

Gele Neubäcker

Die Nachricht vom Tod Professor Singers erreichte uns erst am Tag vor der Drucklegung dieser DDS. Eine umfassende und angemessene Würdigung seines unermüdlichen Wirkens für eine humane Schule war deshalb für die vorliegende Ausgabe noch nicht möglich. Wir verweisen dazu auf unsere nächste Ausgabe. Karin Just

Folgende Themen sind in Planung bzw. in unserem Themenspeicher – Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht: Lebenszeit/Arbeitszeit/Altersteilzeit/Freizeit – Arbeitszeitmodelle • Sinkende SchülerInnenzahlen – Welche Utopien haben wir? • Jahrgangsübergreifendes Lernen/Jahrgangsübergreifende Klassen • Rechtsextremismus • SchülerInnen und Mitbestimmung • Bildung als Menschenrecht • Bürgerschaftliches Engagement • Religionen im Aufwind.

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 44 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.gew-bayern.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 E-Mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Sabine Herzig, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/Zentrixx

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Zwischen Verwaltung und verändertem Bildungsverständnis

Bachelor und Master in der alltäglichen Praxis

Die Umstellung auf die neuen Studiengänge in der regulär konsekutiven Zweiteilung Bachelor (BA) und Master (MA) ist trotz aller Kritik zur Tatsache geworden und wird zum Wintersemester 2009/10 in Bayern nun nahezu flächendeckend abgeschlossen. Welche Veränderungen im universitären Alltag brachten die neuen Abschlüsse in schon umgestellten geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern? Gestiegener Verwaltungsbedarf und veränderte Bildungsverständnisse sowie Bildungsbiografien gehören sicherlich zu den wichtigsten.

Erhöhter Verwaltungsbedarf

Größere Universitäten stellten im Vorfeld eigens KoordinatorInnen und KoordinatorInnen der KoordinatorInnen ein, um die Umstrukturierung zu meistern. Dies brachte einige NachwuchswissenschaftlerInnen befristet in »Lohn und Brot« – im Hinblick auf die unverzichtbare BA-Studienberatung meist aus Studiengebühren finanziert –, aber auch an den Rand der Verzweigung. In alter Tradition wurden halbe Stellen schnell zur Ganztagesbeschäftigung. Ansonsten übernahm bestehendes, meist knapp bemessenes Personal in Wissenschaft und Verwaltung die Aufgabe, Prüfungs- und Studienordnungen zu erarbeiten, abzugleichen und umzusetzen. Allerdings erwies sich die BA/MA-Umstellung nicht als einmaliges Geschäft. Im Gegensatz zu langlebigen Magisterprüfungsordnungen ist die stete Veränderung durch Änderungssatzungen und Neufassungen den neuen Studiengängen eingeschrieben.

Einige unspektakuläre Beispiele:

- Studierende verweisen auf zuvor nicht bedachte und unzumutbare Verdichtungen der Arbeitsbelastung (weltmännisch *workload* genannt) oder die unverhältnismäßig geringe Zuteilung von *credit points* für bestimmte Prüfungsleistungen nach dem *European Credit Transfer System* (ECTS).
- Im Umsetzungsprozess werden in der Verwaltung Unstimmigkeiten in der bestehenden Prüfungsordnung entdeckt, die bislang niemandem auffielen und die über eine vertretbare redaktionelle Verbesserung hinausgehen.
- Ein neues Nebenfach wird entworfen und bietet sich benachbarten Disziplinen an – Nebenfächer müssen in die BA-Prüfungsordnung eingetragen werden. Die frühere Wahlfreiheit wurde so schon aus organisatorischen Gründen erheblich eingeschränkt.

In diesen und ähnlichen Fällen muss in Abstimmung mit ProfessorInnen und Mittelbau sowie den zuständigen Rechtsabteilungen und Prüfungsämtern eine Änderungssatzung oder gegebenenfalls eine komplette Neufassung auf den Weg gebracht werden. Diese durchläuft dann in der Regel den Fachbereichsrat, eine präsidiale Fachkommission sowie den universitären Senat und wird schließlich vom Wissenschaftsministerium bestätigt, wenn es sein muss als neu eingefügte, doch rechtlich unverzichtbare Fußnote. Die Koordination all dieser Akteure ist mühsam und zeitraubend und produziert in ständig neuen Entwürfen, Zwischenständen und angesammelten Änderungssatzungen enorme Mengen an Papier und Dateien, über die man leicht den Überblick verlieren kann. Interdisziplinäre Studiengänge, die Beteiligung mehrerer Fakultäten und gemeinsame Lehrveranstaltungen für Studierende verschiedener Studiengänge mögen sinnvoll sein, verkomplizieren jedoch Abstimmungen und Informationsfluss.

Auch ist inzwischen allgemein anerkannt, dass BA-Studiengänge in Haupt- und Nebenfach jeweils so strikt organisiert und verzahnt sind, dass ein Wechsel an andere Universitäten im In- und Ausland – wie im Bologna-Prozess



Foto: imago/Seeliger

ursprünglich beworben – praktisch erst nach dem Bachelor-Abschluss stattfinden kann. Ein Auslandssemester oder die Beurlaubung zum Zwecke eines Praktikums wirft Studierende in der Eigenperspektive oft um ein gesamtes Jahr zurück, da manche Veranstaltungen in Haupt- oder Nebenfach nur alle zwei Semester angeboten werden können.

Der recht radikale Anspruch, die chaotische Universität nun endlich der totalen organisatorischen Kontrolle zu unterwerfen, scheitert allerdings sowohl am dadurch produzierten Verwaltungsaufwand wie an der steten alltäglichen Notwendigkeit, flexible Lösungen für konkrete Anfragen, Wünsche und Probleme zu finden.

Veränderte Bildungsverständnisse und Bildungsbiografien

Im Rahmen berufspraktischer Vorträge für KulturwissenschaftlerInnen riet unlängst die Personalreferentin eines großen deutschen Unternehmens BA-Studierenden zu Reisen, Praktika und Folgestudien, da die AbsolventInnen schlicht zu jung seien, um direkt in eine gehobene Unternehmenskarriere einzusteigen. Allgemeinbildung und Lebenserfahrung seien für verantwortliche Tätigkeiten ebenso unverzichtbar wie fachliche Qualifikationen.

Der Widerspruch von Wissensgeneralisierung und -spezialisierung als Voraussetzung erfolgreicher Arbeitssuche treibt heute eine verunsicherte Studierendengeneration um, die sich ständig vom sozialen Abstieg bedroht sieht. Das Studium ist heute weniger erkämpftes Recht oder natürliche Fortsetzung des elterlichen Lebensstils, sondern zunehmend zur bewussten Investition geworden, die sich eines Tages auf dem Arbeitsmarkt auszahlen soll. Je spezieller ein MA-Studium, desto besser die fachliche Qualifikation, desto größer die beruflichen Chancen, so wird ängstlich argumentiert. Dennoch muss sich Wissenschaft ihre Möglichkeiten zu Analyse und Vergleich, distanzierter Reflexion, Interpretation und Diskussion bewahren und sich ein Stück weit gegen die unmittelbaren Schwankungen, die kurzfristigen Chancen und Nöte und auch den politischen Diskurs des Arbeitsmarktes abgrenzen. Schließlich gilt es auch, eine Kontinuität der Fächer und Fachtraditionen zu ermöglichen, nicht zuletzt durch Nachwuchsförderung.

Nach einem breit angelegten BA-Studiengang, der oft berufspraktische Anteile umfasst, wird in den neuen Bildungsbiografien häufig ein thematisch verwandtes MA-Programm gewählt, das jedoch aus einer anderen Fachtradition heraus entwickelt wurde. Begriffsinventar, prägende Fachtheorien und nicht zuletzt ein grundsätzliches Verständnis des Faches – eigentlich in einem mehrjährigen Grundstudium zu entwickeln – müssen dann eilig und zusätzlich nachgeholt werden. Akademische Bildung wird, der Modularisierung des Studiums folgend, so zu einem Belegbaukasten, einer Excel-Tabelle des Wissens. Der langwierige Prozesscharakter des Lernens und Verstehens rückt in den Hintergrund. Der rechnerische Normalarbeitstag des Studierenden scheint nur bedingt Freiräume des selbstbestimmten Lernens

zu eröffnen. Es kann noch nicht einmal richtig gejobbt werden, obwohl Studiengebühren und fehlender Ausbau des Stipendiensystems dies für viele erforderlich machen.

Kluge Konzeption und Handhabung seitens der Lehrenden sowie geschickte und selbstbewusste Organisation seitens der Studierenden können aber ebenso Freiräume schaffen wie eine sich kontinuierlich entwickelnde Bildung und Ausbildung fördern. In das enge Korsett des Studienplans können etwa Seminare eingeknüpft werden, die als Schreibwerkstätten, als Tutorien zu Theorievorlesungen oder auch als Nachbereitungen zu Berufspraktika genug Raum für distanzierte Reflexion und Diskussion lassen, ohne selbst allzu viel eigene Seminarliteratur aufzutürmen. Dass solche Seminare im allgemeinen Lerndruck eher lustlos abgesessen werden, scheint zunächst verständlich. Zur Chance werden diese Nischen dann, wenn Studierende sie als eigene Gestaltungsräume begreifen, in denen sie einmal nicht neue Wissensbestände abarbeiten sollen, sondern Grundverständnisse des wissenschaftlichen Denkens und der gesellschaftlichen Rolle der Wissenschaften entwickeln können.

Auch ein projektorientiertes und gut betreutes Master-Studium, das in vier Semestern eigene Forschungsarbeiten vor- und nachbereitet, ist sicherlich ein Fortschritt, sofern die damit verbundene Spezialisierung eine fachliche Allgemeinbildung nicht zu sehr verdrängt. Geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsarbeiten für die Magisterarbeit beschränkten sich bislang auf ein halbes Jahr, Vorarbeiten blieben der Eigeninitiative überlassen. Weitere Forschungen waren und sind dann wesentlich der Promotion vorbehalten, in die man oft eher unvorbereitet eintritt. Ein gut konzipierter Master-Studiengang aber kann eine hervorragende Promotionsvorbereitung darstellen und gleichzeitig die von Personalabteilungen eingeforderte berufliche Reife und Eigenverantwortlichkeit vermitteln.

Wer in BA und MA nur Verschulung und Gängelung erblickt, der übersieht, dass sich das akademische Universum unmöglich bis ins kleinste Detail regulieren und kontrollieren lässt. Dadurch, dass man die Prüfungs- und Studienordnungen ohnehin immer wieder abändern muss, ergibt sich auch die Möglichkeit, diese als Diskussions- und Arbeitspapiere zu verwenden, die ein Stück weit auch von Studierenden mitgestaltet werden können. Studierende, aber auch Lehrende sollten bestehende Nischen nutzen und Freiräume einfordern. Wer sagt denn etwa, ein BA-Studium müsse in der Regelstudienzeit von sechs Semestern durchgepaukt sein? Legt man ein, zwei Semester drauf, kann man wesentlich gelassener und tiefgründiger studieren. Warum sollte dies ein Nachteil sein? Das setzt voraus, dass man Bildung nicht auf beruflich unmittelbar umsetzbares Kurswissen reduziert und Zeit zu ihrer Entwicklung einräumt. Nur leisten muss man sich ein Studium trotzdem noch können.

von Dr. Magnus Treiber

Akademischer Rat am Lehrstuhl für Ethnologie
der Universität Bayreuth
Fachgruppe Hochschule und Forschung
der GEW Bayern



Keine Hoffnung für Bologna?

Auch auf MinisterInnenebene ist inzwischen eine Gewissheit angekommen, die Studierende und DozentInnen bereits am eigenen Leib erfahren. Die vollständige Umstellung der Studiengänge auf den neuen Namen kann, darf und wird noch lange nicht das Ende des sogenannten Bologna-Prozesses sein. An einigen Stellen steht die Arbeit eigentlich noch bevor.

Bleibt zu fragen, wer eigentlich auf die Idee kam, die Wahlmöglichkeiten in einem sechssemestrigen Bachelor auf nahezu null herunterzuschrauben und gleichzeitig die Arbeitsbelastung drastisch zu erhöhen. Oder die Studierenden mit Leistungsnachweisen so zu überladen, dass neben dem Pflichtprogramm kein Interesse und keine Zeit mehr für Veranstaltungen bleibt, die einen »nur« interessieren.

In der EU war man sich auf MinisterInnenebene einig, dass man einen tollen, neuen, europäischen Hochschulraum schaffen wollte, um das »Europa des Wissens« voranzutreiben. 1999 traf man sich in Bologna, um ein erstes Kommuniqué mit Zielen und Maßnahmen auszuhandeln. Diesem namentlich so berühmten folgten im 2-Jahres-Rhythmus die Kommuniqués von Prag, Berlin, Bergen, London und 2009 das von Leuven. Zugegeben, kaum jemand hat die gelesen. Schade eigentlich, denn die meisten Inhalte klingen super. Leider fehlt mir der Platz, all die schönen Dinge aufzuzählen. Ähnlich muss es auch denen ergangen sein, die nach unten weitergaben, was denn jetzt zu tun sei. Da ist häufig nur angekommen, es müsse nun sechssemestrige Bachelor- und viersemestrige Master-Studiengänge geben, nach jeder Veranstaltung müsse eine Prüfung geschrieben und alles verschult werden.

(Un)glücklicherweise steht davon eigentlich nichts in den Kommuniqués. Ein zweistufiges Studiensystem wollte man schaffen. In Deutschland hat man sich zudem auf zehn Semester Regelstudienzeit für beide Stufen zusammen geeinigt. Für jedes Modul soll es europaweit anrechenbare und bezüglich des wirklichen Arbeitsaufwandes vergleichbare Punkte geben; benotet und abgeprüft werden müssen die erstmal nicht. Und bezüglich Verschulung fordern die Kommuniqués im Gegenteil flexiblere Ausbildungswege auch innerhalb der Hochschulbildung.

Aber da gibt es die Hochschulleitung, die glaubt, im Namen von Bologna endlich säumige Studierende in die Regelstudienzeit zwingen zu können. Da gibt es die Professorin, die von dem »neumodischen Quatsch« eh nichts hält,



Foto: David Ausserhofer

daher Altbekanntes möglichst unverändert übernehmen will und einfach alles der Bürokratie überlässt. Und schließlich gibt es den Professor, der die Chance sieht, endlich all die wichtigen Veranstaltungen (seines Fachgebiets) zu Pflichtveranstaltungen zu machen. Dazu kommt, dass der Großteil der Verwaltung und DozentInnenschaft nicht verstanden zu haben scheint, dass man Präsenzstunden (SWS) nicht nach einem festen Schlüssel in Arbeitsaufwand (ECTS) umrechnen kann.

Aber einen wirklich guten Studiengang kann man nicht mal eben schnell aufstellen – nicht im Alleingang und auch nicht kostenneutral. Hier wurden die Hochschulen auch vom Staat allein gelassen. Man hat der Lehre mal wieder nicht die Priorität eingeräumt, die dieser Jahrhundertreform die notwendigen Mittel und den Verantwortlichen in den Fachbereichen die nötige Beratung beschert hätte.

Jetzt ist es Zeit, die Studiengänge im eigentlichen Geiste von Bologna (und im Sinne der Studierenden) zu reformieren.

Denn ganz so düster sind die Aussichten nicht:

Tatsächlich gibt es einige positive Beispiele von Studiengängen nach dem neuen System, bei denen sich DozentInnen und Studierende gemeinsam mit Kreativität und ohne Angst vor Neuem zusammengesetzt haben.

Wenn wir jetzt die Hochschulen dazu bringen, über jeden Studiengang intensiv nachzudenken, um das Beste für die Studierenden »rauszuholen«, dann haben wir es geschafft, der Lehre eine Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen wie schon lange nicht mehr.

Und vielleicht wird ja dann dem einen oder anderen Mitglied der ProfessorInnenschaft klar, dass es mit Absicht als »HochschullehrerIn« eingestellt ist und nicht als ForscherIn mit Nebenjob.

von **Julian Esselborn**

Hochschulpolitischer Referent
der Studierendenvertretung der TU München





Foto: David Ausserhofer

Sackgasse Hochschullaufbahn

Vier Fünftel der Forschung und zwei Drittel der Lehre wird vom wissenschaftlichen Nachwuchs geleistet. Fast immer prekär und unterbezahlt. Derzeit arbeitet jede/r Zweite der befristet angestellten MitarbeiterInnen in der Wissenschaft in Teilzeit, in der Regel sicher mehr Stunden als der jeweilige Teilzeit-Vertrag vorsieht. Ein Großteil der wissenschaftlichen Arbeit an Hochschulen wird also unbezahlt erbracht.

Wie werden die Universitäten den gegenwärtigen Anforderungen der Lehre gerecht? Viele Hochschulen versuchen, den von der Kultusministerkonferenz prognostizierten »Studentenberg« auf Kosten junger WissenschaftlerInnen aufzufangen. Selbst eine Exzellenz-Universität wie die Ludwig-Maximilians-Universität München scheut sich nicht, per Stellenausschreibung sogenannte Lecturer mit einer Lehrverpflichtung von 18 Semesterwochenstunden zu suchen – Voraussetzung: »Bewerber sollten habilitiert sein oder vergleichbare Qualifikationen aufweisen.« Angebot: zwei Jahre Zeitvertrag, Vergütung nach BAT 2a.

Dieser Trend steht im Gegensatz zu den wissenschaftspolitischen Anstrengungen von Bund und Ländern, der Wissenschaft mehr »Exzellenz« zu verleihen. Wer eine exzellente Qualität der Forschung und Lehre an unseren Hochschulen möchte, darf über die Qualität der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen nicht schweigen.

Anachronistische Strukturen

Es ist ein Anachronismus der deutschen Hochschulpersonalstruktur, dass WissenschaftlerInnen entweder bereits eine Professur innehaben oder aber als wissenschaftlicher

»Nachwuchs« angesehen werden, dessen Hauptaufgabe darin besteht, sich auf eine Professur vorzubereiten – und sei es ein Leben lang. Dazwischen kennt die deutsche Hochschulpersonalstruktur keine anerkannte Position.

Tatsächlich aber werden die vermeintlichen NachwuchswissenschaftlerInnen nicht etwa nur qualifiziert und »ausgebildet«, sondern sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung von Forschung, Lehre und Studium. Mindestens vier Fünftel der an den Hochschulen geleisteten Forschungstätigkeit und zwei Drittel der Lehrtätigkeit werden von nichtprofessoralen WissenschaftlerInnen geleistet.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse

In Zeiten knapper Hochschulhaushalte hat die Fiktion vom »wissenschaftlichen Nachwuchs« aber eine ganz neue Funktion bekommen: Sie legitimiert nicht nur die Abhängigkeit der WissenschaftlerInnen von ihren Doktor- und Habilitations-»Vätern«, sondern auch atypische bis prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Denn für die übergroße Mehrheit der nichtprofessoralen WissenschaftlerInnen sind befristete Arbeitsverträge die Regel: 2006 waren von 108.499

vom Statistischen Bundesamt erfassten KollegInnen 89.525 befristet beschäftigt – das sind 82,5 Prozent!

Möglich macht dies das seit 1985 im Hochschulrahmengesetz enthaltene Sonderarbeitsrecht für die Wissenschaft, das die Große Koalition 2007 mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz fortgeschrieben und zugleich verschärft hat. Während die Befristung von Arbeitsverträgen in der Wirtschaft und im übrigen öffentlichen Dienst an strenge Voraussetzungen gebunden ist, können die Arbeitgeber im Wissenschaftsbereich willkürlich Befristungen aussprechen.

Viele WissenschaftlerInnen werden zudem ungewollt auf Teilzeitstellen beschäftigt. Derzeit ist jede/r Dritte der unbefristet und beinahe jede zweite der befristet angestellten MitarbeiterInnen in der Wissenschaft teilzeitbeschäftigt. Dabei wird der eigentliche Grund für die Befristung der Beschäftigungsverhältnisse, nämlich die Weiterqualifikation (Promotion oder Habilitation), zugleich häufig stillschweigend zur Privatangelegenheit erklärt, die in der Freizeit zu erledigen ist. Ein Großteil der wissenschaftlichen Arbeit an Hochschulen wird also de facto unbezahlt erbracht.

Wer es während einer solch langen und steinigen Hochschullaufbahn nicht schafft, auf eine Professur berufen zu werden, steckt in einer Sackgasse: Auf dem außerhochschulischen Arbeitsmarkt gilt er oder sie als überqualifiziert und zu alt, in Hochschule und Forschung gibt es auf Dauer keine Beschäftigungsmöglichkeiten.

Ein schlecht bezahlter Lehrauftrag ist für viele häufig der letzte Strohalm. Forschung und Lehre werden so zu einem immer größeren Anteil von nebenberuflich tätigen WissenschaftlerInnen geleistet.

Während die Personalausstattung der Hochschulen trotz zunehmender Aufgaben und gestiegener Studierendenzah-

len seit Jahren insgesamt stagniert, sind die Lehrbeauftragten die einzige Personalkategorie, die von 1997 bis 2006 Zuwachs zu verzeichnen hatte – und das gleich um fast 50 Prozent. Die für Lehraufträge bezahlten Vergütungen liegen zwischen 15 und 50 Euro – je geleisteter Lehrveranstaltungsstunde. Vor- und Nachbereitungszeiten, die die Präsenzzeit im Hörsaal um ein Vielfaches übersteigen, werden nicht bezahlt. Nicht selten werden Lehraufträge sogar unvergütet erbracht.

Besonders schwer haben es Frauen

Obwohl heute jeder zweite Studierende eine Studentin ist und fast 40 Prozent der Promotionen von Frauen abgelegt werden, beträgt der Frauenanteil an den Professuren erst 14 Prozent, bei der höchsten Besoldungsstufe C4 bzw. W3 nur zehn Prozent.

Dass stabile und langfristige Berufsperspektiven in der Wissenschaft fehlen, wirkt sich für Frauen zusätzlich benachteiligend aus: Mit jeder Qualifikationsstufe steigen Frauen aus der Wissenschaft aus, statt in ihr aufzusteigen. Der hinter der Personalstruktur stehende, vertikal angelegte Karrierebegriff wird der gesellschaftlichen Entwicklung ihrer Lebensentwürfe und der vieler Männer nicht gerecht. Hinzu kommt der tradierte, aber völlig antiquierte Mythos, dass Wissenschaft eben kein Beruf wie jeder andere sei, sondern eine Lebensform, der man(n) sich voll und ganz hinzugeben habe.

von Dr. Andreas Keller

Leiter des Organisationsbereiches Hochschule und Forschung beim Hauptvorstand der GEW



Personalpolitik im Schulbereich Handbuch und Fachtagung

Unter dem Titel »FrauenStärken – Personalpolitik im Schulbereich diskriminierungsfrei gestalten« hat der Vorstandsbereich Frauenpolitik beim GEW-Hauptvorstand ein Handbuch für Gleichstellungsbeauftragte, PersonalrätInnen und Personalverantwortliche vorgelegt.



Zum Inhalt: Das umfangreiche Handbuch »FrauenStärken« benennt Diskriminierungsgefahren in der Personalpolitik und zeigt Handlungsmöglichkeiten auf. Es hält Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene und Literaturhinweise sowie Internetlinks bereit. In einem ausführlichen Materialteil wird best-practice dokumentiert und mit einer Checkliste eine rasche Prüfung personalpolitischer Maßnahmen ermöglicht. Den Ausführungen liegen geschlechterpolitische Strategien für die Gleichstellung zugrunde. Außerdem werden ein Überblick über die Rechtsvorschriften gegeben sowie zentrale Gesetzestexte zugänglich gemacht.

Zur Zielgruppe: Das Neue an diesem Handbuch ist, dass es speziell auf den Schulbereich zugeschnitten ist. Damit gibt es all denjenigen, die für die diskriminierungsfreie Gestaltung von Personalmaßnahmen verantwortlich sind, die erforderlichen Informationen über Sachverhalte und Handlungsoptionen sowie die Rechtsgrundlagen an die Hand. Für die Veröffentlichung wurde die kostengünstige Variante, nämlich die Veröffentlichung auf einer CD, gewählt. Das Handbuch steht auch als Download unter www.gew.de/FrauenStaerken.html zur Verfügung.

Zu den Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,- EUR zzgl. Verpackungs- und Versandkosten von zurzeit 6,96 EUR bei einer Mindestbestellmenge von 10 Exemplaren über den GEW-Shop (www.gew-shop.de); E-Mail: gew-shop@callagift.de; Fax: 0 61 03-3 03 32-20). Einzelbestellungen an die GEW-Poststelle (E-Mail: broschueren@gew.de), Preis inklusive Versandkosten 5,- EUR.

Veranstaltungshinweis: Fachtagung »FrauenStärken im Schulbereich«

Themenschwerpunkt: Diskriminierungsfreie Personalpolitik

Termin: 13./14. November 2009 in Karlsruhe

Kontaktadresse: sekretariat.frauenpolitik@gew.de

LehrerInnenbildung als eine tragende Säule des Profils der TU München



Interview mit dem Gründungsdekan der TUM School of Education, Professor Dr. Manfred Prenzel. Prof. Prenzel war der nationale Projektleiter der OECD-Erhebungen PISA 2003 und 2006. Er ist u. a. Mitglied der nationalen PISA-Konsortien 2000 und 2009. Dort leitet er die Erhebungsbereiche Naturwissenschaften und Mathematik.

Seit Juni 2009 bekleidet er den Lehrstuhl für Empirische Bildungsforschung an der TU München School of Education.

Das Gespräch führte Gerhard L. Endres für die DDS.

Inhalt des Gesprächs waren die Aufgaben und Ziele der TUM School of Education, nicht jedoch Themen wie die grundsätzliche Diskussion über Studiengebühren oder die gemeinsame Ausbildung von BerufsschullehrerInnen und GymnasiallehrerInnen. Hier wurde im Vorgespräch festgestellt, dass die Inhalte der Studiengänge sehr unterschiedlich sind, wenn möglich, kann es aber bei fachübergreifenden Themen durchaus gemeinsame Studienangebote geben.

(Da der Beitrag auf dem gesprochenen Wort beruht, verzichtet die Redaktion auf das übliche »Gedern«.)

Herr Professor Prenzel, die TUM School of Education soll eine neue Form der Lehrerausbildung entwickeln. Was streben Sie an?

Wir werden die Lehrerausbildung nicht neu erfinden. Wir wissen, dass wir uns in einem deutschen Schulsystem bewegen und die Studierenden später meist beim Staat arbeiten werden. Wir wollen ein berufsfeldbezogenes Studium anbieten, das die Studenten fachlich kompetent und souverän macht. Sie sollen sich zum Beispiel im Studium schon mit den Fragen beschäftigen: Wie lernt man eigentlich im Fach? Oder: Wie lehrt man in diesem Fach? Welche Rolle spielen motivationale Faktoren? Wie geht man mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der Schüler und mit der Zusammensetzung sehr unterschiedlicher Schülergruppen um? Wie fördert man die Schüler und Schülerinnen so, dass sie nicht nur kognitive, sondern auch soziale und motivationale Kompetenzen, Orientierungen, Überzeugungen entwickeln und aufbauen? Damit erhält dann das Studium auch eine klare Ausrichtung auf die Fachdidaktik.

Die Studenten studieren Lehramt und werden später als Lehrer arbeiten. Was bieten Sie den Studenten für ihre spätere Tätigkeit an?

Wir bereiten die zukünftigen Lehrkräfte auf Aufgaben der Schulentwicklung und der Professionalisierung vor. Wir diskutieren mit den Studierenden, was gezielt gestaltete Ganztagsprogramme zur Entwicklung von Interessen der Schüler und Schülerinnen beitragen können. Die TU München kooperiert seit Jahren mit vielen Schulen, sogenannten Referenzschulen, an denen die Studierenden ihre Praktika ableisten. Wir wollen ein gut abgestimmtes Programm mit den an der Lehrerbildung Beteiligten entwickeln, aus den Fachwissenschaften, den Fachdidaktiken und den Bildungswissenschaften. Wir wollen damit zugleich eine gute Basis für die zweite Phase der Lehrerausbildung legen.

Die Fachdidaktik ist an den Universitäten sehr unterschiedlich etabliert. Welche Rolle hat in Ihrem Konzept die Fachdidaktik?

Die Fachdidaktik spielt eine ganz zentrale Rolle. In der Forschung ist der Stellenwert fachspezifischer Lehr- und Lernprozesse gut belegt. Die Fachdidaktik dient als Schnittstelle zwischen den Fächern und dem schulischen Unterricht. Das fängt bei den Lehrplänen und damit verbundenen Fragen an, z. B. in Mathematik. Wie baut sich mathematische Kompetenz auf bzw. wie kann man sie aufbauen? Wie werden Grundkonzepte ausdifferenziert? Was sind unverzichtbare Grundbegriffe, die weiterentwickelt werden müssen? Hinzu kommen didaktische Überlegungen, welche Typen von Aufgaben man z. B. für welche Zwecke stellen kann oder wie »offen« Aufgaben für Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichem Vorwissen gestellt werden können. Mit solchen Fragen, die in der fachdidaktischen Forschung untersucht werden, sind wir ganz nah am schulischen Unterricht.

Welche Kriterien stellen Sie an die Fachdidaktiker?

Wir werden die Fachdidaktiken so besetzen, dass wir an der School of Education engen Anschluss an die aktuelle Forschung haben, wir werden sie mit Professorinnen und Professoren besetzen, die forschungsaktiv sind und einschlägig arbeiten. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir die Fachdidaktiken an der TU auf Professorenniveau besetzen sollten.

Warum wurde aus Ihrer Sicht überhaupt die TUM School of Education gegründet?

Für die TU ist der wichtigste Grund, dass sie für eine ausgezeichnete Ausbildung auch ausgezeichnete Schüler und Schülerinnen benötigt. Man kann sich als Universität nicht über unzureichende Studienvoraussetzungen bei den Abiturienten beklagen, wenn man die Lehrerausbildung vernachlässigt. Deshalb setzt sich die TU München für eine ausgezeichnete Lehrerbildung ein. Die Lehrerbildung wird als eine tragende Säule im Profil der TU betrachtet, nicht nur aus gesellschaftlicher Verantwortung, sondern auch aus Eigen-

nutz, denn die TU will bestens ausgebildete Studienanfänger haben. In Deutschland gibt es bisher Tendenzen – u. a. im Rahmen der Exzellenzinitiative –, sich auf einige attraktive Fächer zu konzentrieren und die Lehrerbildung zu vernachlässigen. Die Lehrerausbildung spielt aber eine zentrale Rolle für die Leistungsfähigkeit und die wissenschaftliche Anschlussfähigkeit einer Universität.

Sie nennen die neue Einheit TUM School of Education.

Im Ausland hat sich dieses Konzept einer School of Education an einigen Orten deutlich bewährt, da es eine eigene Organisationsform vorsieht. Die School hat eine Doppelaufgabe: Sie ist eine Fakultät und steuert als School gleichzeitig übergreifend die Ressourcen im Bereich der Lehrerbildung. Fachwissenschaftler, die sich in der Lehrerbildung engagieren möchten, können Mitglied dieser School werden, Mitglieder der School können auch in anderen Fakultäten aktiv werden, aber immer verbunden mit der Klärung von Verantwortlichkeiten und Ressourcen. Das unterscheidet uns von deutschen erziehungswissenschaftlichen Fakultäten. Die waren für sich abgeschlossene Einheiten. Wir streben den offenen Raum an, um die Lehrerausbildung gemeinsam mit den anderen Fakultäten möglichst gut zu entwickeln.

Wie werden die Studenten ausgewählt, kann noch jeder Lehrer werden?

Die besonderen und hohen Anforderungen an den Lehrerberuf sind vielen jungen Menschen und der Öffentlich-

keit oft nicht bewusst. Mit Auswahlgesprächen lassen wir erkennen, dass wir den Lehrerberuf als etwas Besonderes verstehen. Die Auswahlgespräche sollen die jungen Menschen anregen, im Vorfeld in sich zu gehen, ihre Motivation schriftlich darzulegen und in einem Gespräch zu präsentieren. Die Gespräche dienen nicht dazu, einfach Leute auszuwählen, sondern erst einmal der Beratung. Wir versuchen, die jungen Menschen auf das aufmerksam zu machen, was auf sie zukommt, und auf Herausforderungen, die sie individuell zu bewältigen haben. Wir nehmen die jungen Menschen in den Auswahlgesprächen ernst und versuchen, ein gutes Betreuungskonzept aufzubauen.

Wie finanzieren Sie sich, Sie bekommen ja nicht mehr Geld als andere Universitäten?

Ein Teil solcher Unterstützungsleistungen und Betreuungsangebote wird über Studienbeiträge finanziert. Die TU fordert für die Verwendung der Studiengebühren nachdrücklich Konzepte, die mit den Studierenden abgesprochen sind. Hinzu kommt, dass wir von einigen Stiftungen Zuwendungen erhalten haben, z. B. von der Telekom-Stiftung.

Würden Sie sich vom Staat mehr Geld erwarten?

Vor dem Hintergrund der Autonomie der Universitäten ist es erst einmal wichtig, den Stellenwert der Lehrerbildung an den Universitäten selbst zu verdeutlichen. An der TU ist aus der Universität heraus der Beschluss gefasst worden, die Lehrerbildung zu stärken. Die TU fragt seit Jahren conse-



Foto: imago/Imagebroker

quent nach, ob die vorgesehenen Ressourcen für die Lehrerbildung auch entsprechend eingesetzt wurden. An manchen Universitäten sind ja Ressourcen der Lehrerausbildung im Lauf der Zeit diffundiert. Für mich steht deshalb nicht der Ruf nach dem Staat an erster Stelle, sondern die Verantwortung der Universitäten für die Lehrerbildung.

Wie stellen Sie sich eine Schule auf der Basis ihrer Konzeption vor?

Wir erhoffen uns Personen, die souverän sind, ein hohes Berufsethos mitbringen und dieses auch vorleben können. Ich wünsche mir auch eine emotionale Souveränität. Die Begeisterungsfähigkeit kann man durchaus in deutschen Schulen noch etwas befördern, Schule und Lernen dürfen auch mit Freude und Spaß verbunden sein. Vor allem wollen wir die Lehrkräfte auf einen professionell anspruchsvollen Umgang mit den Schülern einstimmen.

Welche Rolle hat der Lehrer der Zukunft an der Schule?

Wir haben in Deutschland jetzt wahrgenommen, dass an den Schulen neben Lehrpersonen traditioneller Art auch Sonderpädagogen, Sozialpädagogen und Psychologen aktiv werden. Die Schulleitungen werden in der Verwaltung durch spezielles Personal unterstützt. Wir erleben bei der Ganztagsbetreuung, dass die Schulen Partner von außen einbeziehen. So werden Eltern gefragt, Mitarbeiter aus Freizeitstätten oder Vereinen. Die Lehrkräfte werden im Lauf der Zeit die Rolle eines Regisseurs für Lernprozesse übernehmen, der andere Berufsgruppen einbezieht. Lehrkräfte müssen dafür anleiten, delegieren und führen können.

Könnten hier nicht andere Berufsgruppen, z. B. Sozialpädagogen, Schwierigkeiten mit dem Führungsanspruch der Lehrer bekommen?

Wenn ein Arzt mit einem Physiotherapeuten zusammenarbeitet, wird er nicht kleinschrittig sagen, was dieser zu tun hat. Dennoch übernimmt er Verantwortung für den weite-

ren Behandlungsprozess. In ähnlicher Weise kann man sich die Zusammenarbeit solcher Berufsgruppen vorstellen. Natürlich gilt es hier, die Grenzen der eigenen Kompetenz zu erkennen.

Die Lehrer sollen breiter ausgebildet werden – dies ist eines Ihrer Ziele.

Der Bologna-Prozess sieht ja eine gewisse Offenheit für andere berufliche Entwicklungen vor. Wir werden an der School of Education keine neuen Berufsfelder erfinden, wir werden allerdings spezifische Aufbaustudiengänge wie den Master für Bildungsforschung oder Fortbildungen für Schulleitungen anbieten.

Wie ist Ihr weiterer Zeithorizont?

Wir verstärken und intensivieren die gute bisherige Arbeit an der TU München. Mit der Unterstützung durch die Hochschulleitung versuchen wir, ein Modell für eine gute, zukunftsorientierte Lehrerbildung umzusetzen.

Mit einer guten Lehrerbildung beeinflussen Sie ja auch das Schulsystem.

Wir sind schon jetzt mit vielen Schulen vernetzt, ich halte das auch für richtig. Wir werden die Lehrerbildung nicht isoliert von den Schulen betrachten, sondern im Austausch mit den Schulen.

Auch die Alumni-Förderung steht auf Ihrer Tagesordnung.

Studierende profitieren von der Erfahrung von Mentoren, die mit den berühmten beiden Beinen im Leben stehen und engagiert sind. Die TU hat eine junge Tradition, auch in der Lehrerbildung Alumni als Mentoren zu gewinnen. Wenn die Alumni gerne an ihre Universität zurückkehren und diese unterstützen, spricht das für die Universität. Wir wollen daher Mentoren gewinnen, die die TU München und die schulische Praxis kennen und die unsere Studierenden für ein Lehramt begleiten. ■



Geschichte und Politik für junge Köpfe 2009/10

Auch im Schuljahr 2009/10 findet ein SchülerInnenwettbewerb zur Geschichte des 2. Mai 1933 statt. Am Beispiel eines Gewerkschaftshauses in der eigenen Stadt oder Region sollen die Geschehnisse des

2. Mai 1933, des Tages des nationalsozialistischen Überfalls auf die Gewerkschaftshäuser, recherchiert und dargestellt werden. Teilnehmen können Klassen, Teams oder Einzelne aus den Jahrgängen 8 bis 11 aller Schularten. Für die Prämierung der Arbeiten stellt die gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft GIRO insgesamt 25.000 Euro zur Verfügung. Schirmherr des Wettbewerbs unter dem Motto »Geschichte und Politik für junge Köpfe« ist der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Im Internet finden sich unter www.zweiter-mai-1933.de alle Informationen. Letzter Abgabetermin ist – je nach Bundesland – der erste Ferientag der Sommerferien 2010. Die Preisverleihung findet Ende des Jahres 2010 in Berlin statt, inklusive Reise in die Bundeshauptstadt und zwei Übernachtungen für die drei Hauptpreisträger. Im Schuljahr 2008/09 waren rund 30 Beiträge ausgezeichnet worden. Die Real-

schulklasse, die den ersten Hauptpreis gewann, »verdankt« ihn auch der GEW: Die Lehrerin hatte die Einladung zu dem SchülerInnenwettbewerb in einer GEW-Publikation gelesen.

Die geschichtliche Erinnerung wachzuhalten und das kritische Bewusstsein gegen Neonazis zu stärken, bezeichnet ver.di-Vorsitzender Bsirske als Ziel des SchülerInnenwettbewerbs. Jugendliche im Alter von 14 bis etwa 17 Jahren sollen motiviert werden, sich mit der lokalen Geschichte der Arbeiterbewegung einerseits und des Nationalsozialismus andererseits auseinanderzusetzen. »Die große Herausforderung des Wettbewerbs liegt darin«, betont GIRO-Geschäftsführer Nikolaus Hüwe, »ein historisches Datum, den 2. Mai 1933, sowohl als ein konkretes Einzelereignis mit Namen und Adressen anschaulich zu machen als auch gleichzeitig die politischen Zusammenhänge zu verstehen.« Die Geschichte vieler Gewerkschaftshäuser in Deutschland sei gut aufgearbeitet, die Schülerinnen und Schüler könnten bei ihren Recherchen auf umfangreiches Quellenmaterial zurückgreifen.

Rückfragen bitte an

Dr. Hans-Jürgen Arlt • Perelsplatz 17 • 12159 Berlin

Tel.: 0 30-39 50 18 78 • Mobil: 01 71-3 01 92 25

E-Mail: h-j.arlt@gmx.de • www.kommunikation-und-arbeit.de

Wo ist eigentlich die Mitte –

und was bringt das Schuljahr 2009/10?

Ein Blick zurück

Bis weit in die 60er-Jahre des 20. Jahrhunderts gab es im allgemeinen Sprachgebrauch drei Schularten: die Volksschule, die Mittelschule und die Oberschule. Die vierte Schulart, die »Hilfsschule«, führte ein Schattendasein. »HilfsschülerInnen« und ihre Eltern vermieden es möglichst, darüber zu sprechen, und wer nichts damit zu tun hatte, nahm sie kaum oder gar nicht wahr.

Ich erinnere mich gut daran, wie wir uns (1964) in der vierten Klasse darüber unterhielten, wer denn zur Aufnahmeprüfung für die Oberschule gehen dürfe und schließlich auch dort hin. Alle anderen gingen in die fünfte Klasse (der Volksschule), wo zwei Jahre später die gleichen Gespräche stattfanden, dann über den Wechsel an die Mittelschule.

In dieser Zeit musste das »richtige« Gymnasium, das humanistische, sein Namensprivileg aufgeben – auch Oberrealschule und Lyzeum durften sich nun Gymnasium nennen, jeweils durch ein Adjektiv genauer beschrieben: neu-sprachlich, mathematisch-naturwissenschaftlich, musisch, humanistisch.

Stolz wechselte ich damals von der »1a« des Lyzeums in die »6a« des Gymnasiums.

In dieser Katastrophenzeit – Georg Picht hatte 1964 die deutsche Bildungskatastrophe ausgerufen – wurde klar: Das der ständischen Gesellschaft früherer Jahrhunderte entsprechende deutsche Schulwesen hat in seiner bestehenden Form keine Zukunft. Mit ihm ist weder das von Dahrendorf geforderte »Bürgerrecht auf Bildung« einzulösen noch der »Sputnik-Schock« zu überwinden.

Die Schulreform der 70er-Jahre

Also wurde das Schulwesen in den 70er-Jahren »reformiert«. Entgegen dem Rat eines namhaften Gremiums ausgewiesener Wissenschaftler, dem Deutschen Bildungsrat (»Strukturplan für das Bildungswesen« 1970), blieb die Struktur des Schulsystems unangetastet. Die damalige Bundesregierung (unter Schmidt und Genscher) bekam offensichtlich Angst vor der eigenen Courage und ließ ihren eigenen »Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems« (den sog. »Mängelbericht«) in der Versenkung verschwinden. Dieser Bericht ist heute noch so aktuell (bzw. durch die »Föderalismusreform« noch aktueller) wie vor 30 Jahren. Er fordert »ein Mindestmaß an Einheitlichkeit ... für die Freizügigkeit, Mobilität und Chancengleichheit im Bundesgebiet« und zeigt »die Problematik der geltenden Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern« auf.

Tatsächlich aber wurden die traditionellen Schularten »in sich« modernisiert. In einigen Bundesländern wurden zusätzlich Gesamtschulen gegründet. Die Volksschule wurde

in eine Unter- und eine Oberstufe geteilt. Alle bekamen neue Namen: Grundschule, Hauptschule, Sonderschule. Der durch die Aufgabe des Namens »Oberrealschule« frei gewordene Begriff »real« wurde aufgegriffen, indem die Mittelschulen zu Realschulen wurden. Im Sekundarbereich entstanden neue Schularten: FOS, BOS, Wirtschaftsschule ...

Eine Renaissance der Mittelschule?

Beinahe jährlich gibt es in Bayern neue, verzweifelt wirkende Versuche, den Niedergang der Hauptschule zu stoppen – neuerdings liest es sich eher wie »bremsen« (Spaenle: »Mein Ziel ist es, möglichst viele Schulstandorte möglichst lange zu erhalten.«). Der vielleicht letzte Versuch ist in einer neuen Namensgebung und dem »Alleinstellungsmerkmal« der Berufsorientierung zu sehen. Ab 2010/2011 sollen sich Hauptschulen unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. sog. »Ganztagsangebote«) »Mittelschulen« nennen können. Sie sollen »noch besser« auf die Arbeitswelt vorbereiten. Vergebens sucht man nach der Nennung eines eigenständigen Bildungsauftrags der Hauptschulen im Sinne der Bildung um ihrer selbst willen – es geht um die Vermittlung von für die Arbeitswelt direkt verwertbaren Tugenden und Fähigkeiten. Schwer vorstellbar, dass Eltern für ihre Kinder darin eine attraktive Alternative zu den anderen weiterführenden Schularten sehen.

Was will uns der Begriff MITTELSchule sagen? Wo gibt es eine Balance rechts und links der Mitte? Welche Perspektive haben HauptschülerInnen im Vergleich zu MittelschülerInnen? Gelingt es der Lobby der Realschulen, ihren Mittleren Schulabschluss gegenüber dem »Mittelschulabschluss« nach oben abzugrenzen? Die vom KM gerade angekündigte »Qualitätsoffensive« für die Realschulen provoziert diese Vermutung. Oder kommt es doch zum Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen wie in den meisten deutschen Bundesländern?

Kleinere Klassen – im Durchschnitt

Die durchschnittliche SchülerInnenzahl pro Klasse an Grund- und Hauptschulen geht seit Jahren zurück; 2009/10 an Grundschulen 22,5, an Hauptschulen 20,5 SchülerInnen. Eine erfreuliche Entwicklung, vorausgesetzt, die Verteilung ist einigermaßen gleichmäßig und große Klassen in den Städten werden nicht durch kleine auf dem Land »ausgeglichen«.

Durchschnittlich 27,4 SchülerInnen pro Realschulklasse und 26,8 an Gymnasien sind weit entfernt vom pädagogisch Vertretbaren. Da nach wie vor auch innerhalb dieser Schularten ausgelesen wird und viele SchülerInnen »abgeschoben« werden, ist davon auszugehen, dass die Anfangsklassen deutlich größer sind als der Durchschnitt.

LehrerInnenmangel versus Arbeitslosigkeit

Dem LehrerInnenmangel in bestimmten Fächerkombinationen an beruflichen Schulen, Realschulen und Gymnasien steht eine Übernahmequote von weniger als 50 % an Grundschulen gegenüber. In einzelnen Schulamtsbezirken stand bereits am ersten Schultag keine einzige Krankheitsvertretung mehr zur Verfügung – bei 1138 allein in diesem Jahr in die Unsicherheit entlassenen, erfolgreich ausgebildeten GrundschullehrerInnen.

Neues Übertrittsverfahren

Die vielfach angekündigte Ausweitung des Übertrittsverfahrens auf die Klassen 3 bis 5 (6) ist nun in Kraft. Damit können »mögliche Bildungswege für die einzelne Schülerin bzw. den einzelnen Schüler (*immerhin wird im KM jetzt bei der Schreibweise gegendert – G. N.*) bereits am Ende der Jahrgangsstufe 3 (!) reflektiert werden« (KMBek. »Beratung und Transparenz in der Übertrittsphase« vom 22. Juli 2009). Die Zahl der Probearbeiten in Klasse 4 in den »Hauptfächern« ist nun vorgeschrieben, ebenso Phasen ohne »bewertete Probearbeiten«. Häufig müssen sich Jahrgangsteams auf Weisung von Schulleitungen über Termine, Bewertungsschlüssel u. a. m. verbindlich absprechen. Kinder sollen individuell gefördert werden, um dann beinahe wöchentlich über einen Kamm geschoren zu werden. Innovative und eher kindgerechte Formen der Leistungsfeststellung (wie z. B. Portfolio, Präsentationen ...) werden dadurch unmöglich, zumindest aber für die Schulkarriere irrelevant.

Unser hochselektives Schulsystem, das Eltern von Kindern in 4. Klassen quasi zu natürlichen Feinden der Schule

macht, wenn es um den Übertritt geht, braucht solche Festlegungen. Nur so kann ggf. dokumentiert werden, dass es »gerecht« (im falsch verstandenen Sinn von Gleichbehandlung) zugeht. Mit Pädagogik und der auch von den AutorInnen solcher Erlasse geforderten Individualisierung von Unterricht und Lernen hat das alles gar nichts zu tun!

Lernen ohne Auslesedruck?

Noch hält Bayern stramm am vielgliedrigen Schulsystem fest. Die MitstreiterInnen werden immer weniger – die Forderungen nach EINER SCHULE FÜR ALLE immer mehr. Zwei ganz aktuelle Beispiele: Der Grundschulverband hat auf seinem Bundeskongress 2009 am 12. September acht Forderungen zur Bildungsgerechtigkeit veröffentlicht. Darunter: »Die Grundschule muss eine inklusive Schule sein, in der alle Kinder – gleich welcher Herkunft und welcher Leistungsfähigkeit – gemeinsam leben und lernen können und in der sie die individuell notwendige Unterstützung erhalten. Diese Schule des gemeinsamen und individuellen Lernens muss für die gesamte Pflichtschulzeit gelten.«

Am 8. September 2009 trat die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung mit der Forderung nach einer inklusiven Schule entsprechend der UN-Behindertenrechtskommission an die Öffentlichkeit, unterstützt von den behindertenpolitischen SprecherInnen anderer Bundestagsfraktionen.

Es geht voran!

von Gele Neubäcker

Vorsitzende der GEW Bayern
und Mitglied im Hauptpersonalrat



Schluss mit diesem Theater!

GEW zur »Dienstlichen Regelbeurteilung 2010«

Das Drama der Regelbeurteilung bayerischer LehrerInnen wird 2010 wieder einmal reinszeniert werden.

Die Dramaturgie ist klar festgelegt: Dienstvorgesetzte haben die KollegInnen mehrmals ohne Ankündigung im Unterricht zu besuchen, in verschiedenen Jahrgangsstufen und Fächern. Ein Gespräch über die erlebten Szenen hat sich anzuschließen und nach geraumer Zeit der Überprüfung und Absegnung durch die vorgesetzten Behörden ist das Ergebnis im letzten Akt persönlich zu übermitteln.

An einzelnen Spielorten werden sich die HauptdarstellerInnen erneut (künstlerische?) Freiheiten herausnehmen. Die einen werden ihre Besuche klar ankündigen, andere werden ihre Besuchstermine

durch Andeutungen – untermalt durch Mimik und Gestik – ahnen lassen. Wieder andere werden mitten in Unterrichtsstunden hineinplatzen und sich dabei besonders originell finden. Schließlich wird es wieder AkteurInnen geben, die – um das Drama nicht unnötig zu verlängern – den letzten Akt kürzen werden, indem sie den KollegInnen das Ergebnis unauffällig im verschlossenen Umschlag in die Fächer legen. Die Gefahr unbeabsichtigter Improvisationen im letzten Akt ist damit auch gebannt.

Die Regie im Kultusministerium wird wieder nicht wahrnehmen wollen, dass sie Zehntausende von KollegInnen unnötig quält – insbesondere die ca. 30.000 KollegInnen an Grund- und Hauptschulen in A 12, die ausnahms-

los, d. h. bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze für den Ruhestand, zwei Jahre hintereinander »Spielzeit« hatten.

Sie wird die »Beurteilung 2010« wieder als erfolgreiche Inszenierung feiern und (wider besseres Wissen) so tun, als gelänge mit der Regelbeurteilung die Motivierung der LehrerInnen für ihre tägliche Arbeit und die »Bestenauslese«. Sie wird sich wieder selbstgefällig zurücklehnen und sich selbst und das bayerische Beurteilungswesen als unschlagbar feiern. Gerade so, als gäbe es keine Alternative!

Und auch wir, die GEW, werden mit unserer Forderung »Schluss mit diesem Theater!« wieder nicht erfolgreich sein. NOCH nicht!

von Gele Neubäcker

Doppelzüngigkeit in der Bildungspolitik

Zur Situation an der Beruflichen Oberschule (FOS/BOS)

Es ist weithin bekannt, dass sich die bundesrepublikanische Gesellschaft des beginnenden 21. Jahrhunderts vom Ideal sozialer Gerechtigkeit immer weiter entfernt. Die Schere zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten öffnet sich immer mehr. Gerade in Bayern sind Erscheinungsformen bedrückender Armut und obszönen Reichtums in unmittelbarer Nachbarschaft anzutreffen. Im hegemonialen Diskurs neoliberal integrierter Gesellschaften gerät aber nicht nur die Forderung nach einem Mindestmaß an ökonomischer Gleichheit außer Sichtweite und in den Verdacht sozialistisch inspirierter Traumtänzeri, vielmehr kann auch von der insbesondere vonseiten der Staatsregierung in legitimationswirksamer Absicht behaupteten Chancengleichheit keine Rede sein. Für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren weist der Sozialbericht Bayern 2009 eine Armutsrisikoquote von 28,1 % aus, wenn es keine Sozialtransfers gäbe. Durch den Bezug von Sozialtransfers verringert sich die Quote zwar auf 8,8 %, bedeutet in absoluten Zahlen aber immer noch für rund 130.000 Kinder und Jugendliche in Bayern das Gegenteil gleicher Chancen. In schöner Regelmäßigkeit belegen schließlich Studien die Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom sozialen Status des Elternhauses und die geringe Durchlässigkeit insbesondere des bayerischen Bildungssystems.

Nachgelagerte Chance ...

Aus diesem Grund bedeuten die unter dem Dach der Beruflichen Oberschule zusammengefassten Fachoberschulen (FOS) und Berufsoberschulen (BOS) für diejenigen Schülerinnen und Schüler eine nachgelagerte Chance, eine weiterführende Schule mit Erfolg abzuschließen, die in einem ersten Anlauf an den überaus zweifelhaften Selektionsmechanismen des viergliedrigen Schulsystems oder den überall zu gewärtigenden Formen sozialer Exklusion gescheitert sind. Die Berufliche Oberschule nimmt Schülerinnen und Schüler ohne Berufserfahrung in Jahrgangsstufe 11 der Fachoberschule, Schülerinnen und Schüler mit Berufserfahrung in die Jahrgangsstufe 12 der Berufsoberschule auf. Voraussetzung für den Eintritt ist jeweils ein mittlerer Bildungsabschluss, der aber auch durch das Bestehen der Vorklasse an der Berufsoberschule nachgeholt werden kann.

Die berufsspezifische Orientierung der Fachoberschule wird durch die fachpraktische Ausbildung gewährleistet, welche die Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 11 abwechselnd mit dem Fachunterricht durchlaufen. Mit der erfolgreichen Teilnahme an den Abschlussprüfungen der Jahrgangsstufe 12 erreichen die Schülerinnen und Schüler die Fachhochschulreife, die sie bei entsprechenden Ergebnissen über den Besuch der Jahr-

gangsstufe 13 zu einer fachgebundenen Hochschulreife und bei erfolgreichem Nachweis einer 2. Fremdsprache sogar zur allgemeinen Hochschulreife ausbauen können.

... mit hoher Nachfrage

Dass ein veritabler Bedarf an einer wegen ihrer beruflichen Orientierung umso zeitgemäßerer Institution besteht, die die Ungerechtigkeit des bestehenden Bildungssystems zumindest ein wenig kompensieren kann, belegt die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die im Zeitraum von 1997 bis 2007 an den Fachoberschulen um die Hälfte gestiegen ist (von 20.139 im Jahr 1997 auf 29.240 im Jahr 2007) und die sich an den Berufsoberschulen sogar mehr als verdoppelt hat (von 4.262 im Jahr 1997 auf 9.575 im Jahr 2007). Diese bemerkenswerte Nachfrage bedeutet aber gleichzeitig ein überaus breites Spektrum an pädagogischen und fachlichen Herausforderungen für die Kolleginnen und Kollegen, denen vor dem Hintergrund der bestehenden Personalsituation nur schwer adäquat begegnet werden kann. Zusätzlich zu der ohnehin hohen regulären Belastung durch Unterrichtsvorbereitung und Korrekturaufwand müssen die spezifischen Angebote zur Integration leistungsschwächerer Kandidatinnen und Kandidaten der Fachoberschule und Berufsoberschule ebenso bewältigt werden wie die adäquate Heranführung an wissenschaftliches Arbeiten für zukünftige Studierende. Außerdem bedeutet die Betreuung der fachpraktischen Ausbildung, die das berufliche Profil der Schule sicherstellt, einen hohen persönlichen und zeitlichen Einsatz der betroffenen Kolleginnen und Kollegen, der durch eine im Vergleich zum nötigen Aufwand beschämend geringe Deputatsentlastung nicht angemessen honoriert wird. In



Foto: Robert Michel

besonderer Weise belastend wirken darüber hinaus zum Beispiel Brückenangebote für FOS-AnwärterInnen aus dem M-Zweig der Hauptschule bzw. der Wirtschaftsschule nachmittags bzw. an Samstagen, mit dem Ziel der Heranführung an das Leistungsniveau der Oberstufe, oder der Vorkurs für BOS-AnwärterInnen, der aufgrund der Berufstätigkeit der TeilnehmerInnen ebenfalls abends bzw. an Samstagen angeboten werden muss.

Auf Kosten der KollegInnen

Gerade diese im Sinne integrativer Bildungspolitik überaus wünschenswerten und sinnvollen Maßnahmen, die dazu geeignet sind, ein Stück mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen, bedeuten für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen nicht selten 14-Stunden-Präsenz an der Schule und Unterricht am Wochenende. Aufgrund der unzureichenden Personalsituation an den Beruflichen Oberschulen kann diese Mehrbelastung selbstverständlich nicht durch eine Deputatsreduktion etwa im kommenden Schuljahr kompensiert werden, sondern allenfalls in immer neu aufgelegten und erweiterten Arbeitszeitkonten geparkt werden. Zweifelhaft ist dabei, ob die Kolleginnen und Kollegen jemals von der geleisteten Mehrarbeit profitieren oder diese zusätzlichen Stunden nicht mit einer weiteren allgemeinen Deputatserhöhung schlicht verrechnet werden.

Zu prekären Bedingungen

Die prekäre Personalsituation an den Beruflichen Oberschulen belegt in besonders augenfälliger Weise die Doppelzüngigkeit der bayerischen Bildungspolitik. Bei jeder Gelegenheit wird seitens der verantwortlichen bildungspolitischen Akteure die Bedeutung und Wertigkeit von Bildung zu Beginn des 21. Jahrhunderts hervorgehoben, ohne dass solche Beiträge auch nur jemals den Status des Lippenbekenntnisses überwinden könnten. Eine – nicht repräsentative – Umfrage unter 14 Beruflichen Oberschulen in ganz Bayern hat ergeben, dass für das neue Schuljahr 2009/2010 zwischen 100 und 120 LehrerInnenstellen unbesetzt bleiben werden. Insbesondere in den Fächern Englisch und Deutsch besteht ein erheblicher Bedarf an qualifizierten BewerberInnen. In der Praxis hat diese Unterversorgung in vielerlei Hinsicht erhebliche Auswirkungen. Eine vorsichtige Rechnung, die mit lediglich 100 unbesetzten Stellen kalkuliert, führt bei einem Normaldeputat von 25 Wochenstunden zu zunächst 2.500 Unterrichtsstunden, die nicht gehalten werden können. In der Außendarstellung wird dieses immense Defizit dadurch verschleiert, dass eine Reihe von Fächern nicht entsprechend des in der Stundentafel vorgesehenen Umfangs unterrichtet wird. Beispielsweise wird das Fach Geschichte in Jahrgangsstufe 11 der Fachoberschule statt drei- nur zweistündig angeboten, andere Fächer wie Religion, Ethik, Sozialkunde und Sport fallen analogen Kürzungen anheim oder entfallen vollständig. Die Berufliche Oberschule kann damit ihrem umfassenden Bil-

dungsauftrag nicht gerecht werden, was im Zeitalter des epistemischen Pluralismus und der damit einhergehenden Vielzahl konkurrierender Weltanschauungen besonders problematisch ist. Gerade diese Fächer tragen nämlich zur Gemeinschaftsbildung bei und vermitteln Bildung in einem Sinn von Wertorientierung, die in einem Klima von ubiquitärer Konkurrenz und einer immer eindimensionaleren Ausbildung unter den Imperativen der Profitmaximierung endgültig aus dem gesellschaftlichen Horizont zu verschwinden droht.

Endgültig geständig wird die Doppelzüngigkeit bayerischer Bildungspolitik, die an Sonntagen und in Bierzelten den Stellenwert von Bildung immer wieder hervorhebt, ansonsten aber im Stile einer bedrückenden Marktförmigkeit Discounter-Lösungen favorisiert, an der Behandlung von Aushilfskräften. Diese werden in prekären, d. h. durchgängig befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt, die zutreffender als Ausbeutungsverhältnisse beschrieben werden können. Obwohl diese Kolleginnen und Kollegen in Art, Umfang und Qualität dieselbe Arbeit leisten, mithin der Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« gelten müsste, werden Aushilfskräfte in der Regel deutlich schlechter bezahlt als die verbeamteten oder festangestellten Kolleginnen und Kollegen.

Auch nach mehreren Jahren der Bewährung wird solchen Lehrkräften keine Perspektive in Form einer Festanstellung und leistungsgerechter Bezahlung geboten, sondern es wird unter Missachtung geltenden Rechts in Form des Teilzeit- und Befristungsgesetzes die Knechtschaft prekärer Arbeitsverhältnisse aufrechterhalten. Diese Formen bildungspolitischer Borniertheit werden nur noch dadurch überboten, dass trotz des eklatanten Personalmangels in allen Fachbereichen der Quereinstieg in den LehrerInnenberuf für qualifizierte BewerberInnen nur in sogenannten Mangelfächern möglich ist.

In einer immer ungleicheren Gesellschaft ist ein gegliedertes Schulsystem nicht mehr zeitgemäß, weil es die Selbstreproduktion der Eliten perpetuiert und die Durchlässigkeit der Gesellschaft auf lange Zeit dementiert. Solange sich die politischen Mehrheiten für eine grundlegende Revision des Bildungssystems nicht finden lassen, muss es für alle emanzipatorisch orientierten Akteure, besonders aber für die Gewerkschaften, darum gehen, innerhalb des bestehenden Systems Optionen zu identifizieren, um Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu überwinden. Die Berufliche Oberschule stellt hierfür Ressourcen bereit und bedeutet für eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern eine große, manchmal die letzte Chance auf Bildung, gesellschaftliches und persönliches Fortkommen. Diese Chance darf nicht verspielt werden.

von Dr. Christian Zimmermann

Politikwissenschaftler, M.A., war Wiss. Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft und Sozialforschung der Uni Würzburg, lehrt Sozialkunde, Ethik und Deutsch an der Beruflichen Oberschule Marktheidenfeld
christian.zimmermann@fosbos-marktheidenfeld.de





L-EGO – Besser gleich!

Start der Verhandlungen zur Länder-Entgeltordnung (L-EGO)

Im September fand in Berlin der Verhandlungsaufakt zur »Entgeltordnung Länder« statt. »Schon wieder Tarifverhandlungen?«, mag sich manch eine(r) fragen. Um was es dieses Mal geht und warum diese Verhandlungen für die GEW historisch einmalig sind, soll nachfolgend erläutert werden.

Früher war alles einfacher: Lehrerinnen und Lehrer waren fast ausschließlich Beamte. Wenn sie es ausnahmsweise mal nicht waren, wurden sie als BAT-Angestellte eingestellt. Den BAT kannten alle, galt er doch auch für alle Angestellten im öffentlichen Dienst. Und jeder Besoldungsgruppe war eine BAT-Vergütungsgruppe »zugeordnet« – A13 »entsprach« BAT IIa und so weiter.

Aber ganz so einfach war es dann doch nicht: Die Entscheidung, wie eine angestellte Lehrkraft zu vergüten ist, konnte – und kann – der Arbeitgeber ganz allein treffen. Anders als sonst im öffentlichen Dienst ist er dabei an keinen Tarifvertrag gebunden, denn die Eingruppierungsregeln des BAT galten ausdrücklich nicht für Lehrkräfte. Es gibt lediglich unverbindliche Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, um eine einigermaßen einheitliche Eingruppierung sicherzustellen. Diese unterliegen zwar der Mitbestimmung der Personalräte, aber schon dies wird in den wenigsten Ländern gemacht. Erst 2006 mit Einführung des TV-L, des Tarifvertrags für die Länder, gelang es der

GEW, von den Arbeitgebern die Zusage zu bekommen, im Zuge der Neuordnung der Entgeltordnung im Bereich des TV-L auch die LehrerInneneingruppierung tarifvertraglich zu regeln.

GEW fordert seit Langem Gleichwertigkeit für alle Lehrämter

Die GEW war nie zufrieden damit, wie die verschiedenen Lehrämter im Beamtenrecht einsortiert sind. Besonders ab Ende der 60er-Jahre wurde diese Frage intensiv diskutiert. Die GEW forderte damals eine gleichwertige LehrerInnenausbildung auf Universitätsniveau für alle Lehrämter und eine entsprechende Einordnung in den höheren Dienst mit dem Eingangsamt A13. Die Föderalismusreform 1971 (Zentralisierung des Beamtenrechts) beendete eine Reihe hoffnungsvoller Ansätze in diese Richtung, z. B. in Hessen, NRW und Berlin.

Mit der aktuellen Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master sind in den meisten Bundesländern die Ausbildungsgänge für die verschiedenen Lehrämter gleichwertig, d. h. teilweise gleich lang und mit gleichwertigen Abschlüssen. Bei aller Kritik an der Studienreform und an unzulänglichen Ausbildungsformen und -inhalten – die GEW ist ihrer Forderung nach Gleichwertigkeit der LehrerInnen-

bildung damit ein Stück näher gekommen. Jetzt gilt es, auch den zweiten Schritt zu gehen.

Im Tarifbereich eröffnet sich in diesem Jahr erstmals die Möglichkeit, in den anstehenden Verhandlungen für eine Entgeltordnung der Länder im Rahmen des TV-L unsere Vorstellungen einzubringen. Allerdings müssen wir damit rechnen, dass es auf Arbeitgeberseite keine Akzeptanz gibt. Deshalb müssen wir uns jetzt schon darauf vorbereiten, unseren Forderungen auch durch einen Arbeitskampf Nachdruck zu verleihen. Fast ein Drittel aller Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland sind Angestellte – und haben eine erhebliche Durchsetzungskraft, wenn sie sich in der GEW organisieren.

EG 14 für alle LehrerInnen

Zugleich hat der TV-L selbst allerdings zusätzliche Aufgaben gestellt. Die Bruttoverdienste der nach TV-L neu eingestellten Angestellten liegen in den für Lehrkräfte besonders relevanten Entgeltgruppen EG 11 und EG 13 um bis zu 10 Prozent unter dem alten BAT-Niveau. Deshalb kann die Forderung nur lauten: *EG 14 für alle Lehrerinnen und Lehrer*. Dies hat auch die Bundestarifkommission der GEW am 28. September so beschlossen. Weitere Informationen hierzu finden sich in der Oktoberausgabe der »Erziehung und Wissenschaft«.

Die GEW hat jetzt die einmalige Gelegenheit, die zwei Seelen der »Bildungs-Gewerkschaft« zusammenzuführen: bildungspolitisches Engagement und originär gewerkschaftliches, d. h. tarifpolitisches Handeln. Der Dreiklang »Eine Schule für alle – eine gleichwertige Ausbildung für alle – eine gleiche Bezahlung für alle Lehrerinnen und Lehrer« stellt eine riesige Herausforderung dar. Diese kann die GEW nur bewältigen, wenn die gesamte Organisation hinter den Forderungen steht.

Ehrliche Diskussion nötig

Eines ist klar: Wer nicht nur Lohnprozente fordert, sondern die Struktur der Vergütung anfasst, riskiert einen Kampf an zwei Fronten. Nicht nur die Arbeitgeber müssen überzeugt werden, sondern auch all jene Kolleginnen und Kollegen unter uns, die mit den herrschenden Unterschieden zwischen den Lehrkräften groß geworden sind. Befürch-

tungen, eine Einigung werde auf ihre Kosten gehen und sie am Ende zum Verlierer werden lassen, sind verständlich.

Zudem ist bis weit in die GEW hinein die Auffassung verbreitet, StudienrätInnen leisteten die schwierigere Arbeit, was die Gehaltsunterschiede rechtfertige. Kaum ein Thema wird unter Lehrerinnen und Lehrern so emotional diskutiert wie dieses. Dabei führt es uns nicht weiter, unterschiedliche Belastungen gegeneinander aufzurechnen.

Mit welcher Berechtigung der Unterricht in einer 8. Klasse am Gymnasium rund zehn Prozent besser bezahlt wird als der Unterricht in einer 8. Klasse einer Real- oder Hauptschule, kann rational nicht erklärt werden. In vielen Ländern gibt es Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen, Stadtteilschulen, an denen alle schulischen Abschlüsse bis zum Abitur erreicht werden können. Hier zeigt sich die Absurdität dieser Regelung in besonderem Maße.

Schon lange ist unter ExpertInnen unstrittig, dass das Unterrichten kleiner Kinder anders, aber nicht weniger anspruchsvoll ist als das Unterrichten großer Kinder. All jene, die Schule von innen kennen, wissen, dass eine gute Mathematikerin oder ein guter Historiker nicht automatisch eine gute Mathelehrerin oder ein guter Geschichtslehrer ist. Die Kunst des Lehrens liegt in der didaktischen Reduktion, die an die jeweiligen Bedürfnisse und Möglichkeiten der SchülerInnen angepasst ist.

Auf europäischer Ebene ist die Diskussion längst weiter. Dort geht es darum, alle pädagogischen Berufe hinsichtlich Ausbildungsniveau und Bezahlung zu vereinheitlichen. Diese Diskussion wird auch bei uns beginnen.

Besser gleich!

Jetzt aber heißt unsere Kampagne erst einmal: »*Besser gleich*« – besser gleich eine Entgeltordnung aushandeln – besser gleiche Bezahlung für alle Lehrkräfte – besser gleich in die GEW eintreten!



**von Ilse Schaad
und
Gesa Bruno-Latocha**

Leiterin des Arbeitsbereiches
Angestellten- und Beamtenpolitik
beim Hauptvorstand der GEW



Referentin im Arbeitsbereich
Angestellten- und Beamtenpolitik
beim Hauptvorstand der GEW



... leider ade, GSG!

Nie wieder dieser Anblick?! Das darf doch gar nicht sein! Die Kolleginnen und Kollegen der GEW-Landesgeschäftsstelle in München können es noch nicht glauben.

»Ja, was denn?«, fragen wahrscheinlich unsere ahnungslosen Leserinnen und Leser.

Wir wollen es erklären: Die einsame Tasche auf der Treppe des Münchner Gewerkschaftshauses, die links im Bild zu sehen ist, signalisierte lange Zeit: GSG ist im Hause. GSG wer? Nun ja, Günther Schedel-Gschwendtner, Leiter des Sozialpädagogischen Büros der GEW Bayern in Nürnberg und den DDS-Leserinnen und -Lesern als eifriger Beschreiber sozialpädagogischer Probleme ein Begriff. Während er – wenn die Arbeit ihn nach München treibt – wie ein Irrwisch durch die Geschäftsstelle fegt, allen KollegInnen wichtige Dinge mitteilt und ebenso wichtiges Material aus allen erdenklichen Räumen



Langer Atem macht sich bezahlt

Lebenshilfe Kronach geht in Tarifbindung

Lassen wir die Fakten sprechen:

Zum 1.10.2009 begibt sich die Lebenshilfe Kronach e. V. in Tarifbindung mit GEW und ver.di: Nach einer Lohnerhöhung von 50 Euro und darauf 2 % auf die seit 2004 unveränderten alten BAT-Gehälter wird nach den Regelungen des TV-Ü übergeleitet, um ein Jahr darauf die Tabellen des TVöD-B (Betreuungseinrichtungen), für die Kolleginnen und Kollegen des Sozial- und Erziehungsdienstes die neue S-Tabelle zu erreichen. Der TVöD-B (verbunden mit einigen Abweichungen) findet in seiner jeweiligen Fassung mit den ihn ergänzenden und ersetzenden Tarifverträgen Anwendung – es bleibt die 38,5-Stundenwoche!

Nach vier Jahren Überzeugungsarbeit, Verhandlungen, Auseinandersetzungen – auch in der Öffentlichkeit – und wieder Verhandlungen haben wir endlich die Tarifbindung erreicht.

Ein mutiger, aber überfälliger Schritt

Mit der Lebenshilfe Kronach ist nunmehr auch die letzte der vier oberfränkischen Lebenshilfen¹ tarifgebunden, und zwar im selben Branchentarifvertrag (TVöD-B). Dies ist besonders wichtig wegen der Abhängigkeit vom Bezirk Oberfranken, der als nicht einfacher Finanzier und Verhandlungspartner gilt. Eine Preiskonkurrenz unter vergleichbaren Arbeitgebern und Angeboten dürfte dieser hinfür nicht mehr ausnutzen können.

Immerhin müssen bis zu 100 % der Betriebskosten aus den Mitteln der Kostenträger (Bezirk und Freistaat Bayern) erwirtschaftet werden. Deren Pauschalbeträge decken jedoch selten die wirklichen Personalkosten. Beiträge wie in Kitas können Lebenshilfen aus rechtlichen Gründen nicht erheben. Die Entscheidung über eine Tarifbindung war in der Vergangenheit oft zufällig und hing von den jeweiligen Vorständen eines e. V. ab. Da die realen Lohnkosten nach dem BAT erstattet wurden, war Tarifbindung für viele kein Problem, solange die jeweiligen Lohnerhöhungen weitergegeben wurden. Spätestens seit 1995 wurde die Finanzierung jedoch

¹ Die Lebenshilfe Hof ist Teil des Diakonischen Werkes und insofern tariffern, es bleiben: Forchheim, Bamberg, Marktredwitz und Kronach


umgestellt und es wurden nur noch gedeckelte oder im Voraus kalkulierte Pauschalen bezahlt: Eine rückwirkende Erstattung von Lohnkosten wegen Umsetzung der Tarifabschlüsse war nun nicht mehr möglich. Dass sich dennoch so viele Lebenshilfen u. ä. Einrichtungen auf Tarifniveau gehalten haben, ist meist die Leistung von tüchtigen Betriebsräten und gewerkschaftlichem Engagement. Zahlreiche Versuche, aus dem Tarifvertrag auszuscheren, bzw. tarifwidriges Verhalten konnten so verhindert werden.

Mit dem Umbruch vom BAT auf den TVöD und TV-L war freilich die alte BAT-Struktur nicht mehr haltbar – die Lebensaltersstufen z. B. verstießen nun als »Altersdiskriminierung« gegen ein Gesetz (AGG). Die Lebenshilfe Kronach musste also, um den Übergang ins neue System zu bewältigen, über ihren eigenen Schatten springen und die Gewerkschaften wie auch der KAV Bayern (kommunaler Arbeitgeberverband) haben sie dabei kritisch begleitet.

Zwei Gewerkschaften im Betrieb – ein Tarifvertrag

Zu keinem Zeitpunkt wurde die Gewerkschaftskonkurrenz (ver.di/GEW) zum Hindernis, vielmehr haben wir eine gute und nachhaltige Kooperation untereinander und im Betrieb gepflegt, die dann auch einen hohen Organisationsgrad hervorgebracht hat. Gemeinsam im Betriebsrat, gemeinsame Vertrauensleute und gemeinsame Pressearbeit haben die Grundlage für die überaus strapaziösen Verhandlungen und Konfliktlösungen geschaffen. Die vorhandene Streikbereitschaft übte zur richtigen Zeit den notwendigen Druck auf den Arbeitgeber aus, ohne dass der Arbeitskampf zum Ausbruch kommen musste. Gerade noch rechtzeitig suchte der Arbeitgeber Beratung beim KAV, was letztlich zu dem professionellen Ergebnis Ende Juli geführt hat. Der Belegschaft sei hier nochmals gedankt, da sie in all diesen Jahren und auch in der schwierigsten Phase nicht den Mut (und die Nerven) verlor und weiter an einen – *an ihren* – Erfolg glaubte.

von **Günther Schedel-Gschwendtner** (GEW)
und **Christian Ascherl** (ver.di)



zusammensammelt, hat er oft keine Zeit, seine Unterlagen und sein Gepäck in einem der GEW-Räume zu deponieren. Er könnte ja auch vergessen, wo. Deshalb ist der Flur des Gewerkschaftshauses ein idealer Platz für Tasche, Rucksack und – je nach Jahreszeit variierend – Obst aus dem eigenen Garten (im Sommer und im Herbst, siehe Foto rechts, z. B. Pflaumen) oder den dicken Schal (im Winter).

Und warum sind die Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle und auch diejenigen der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jetzt traurig, fragen nun wieder unsere ahnungslosen Leserinnen und Leser.

Sie sind untröstlich, denn unser lieber GSG geht im November in den Ruhestand, und so wird man künftig in München auf derartige Alltagsfreuden verzichten müssen.

Die DDS-Redaktion, lieber Günther, hofft aber auch weiterhin auf Deine Mitarbeit.

Karin Just



SozialarbeiterInnen zwischen Anpassung und Ausstieg

Ein Buch über die Perspektiven von Beschäftigten im Kontext der Neuordnung von sozialer Arbeit

In den letzten Jahren wurde in den Medien vermehrt über Fälle von Kindesötung und -misshandlung berichtet, bei denen die staatliche Aufsichtsbehörde – das Jugendamt – versagte. Der inzwischen vorliegende »Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung durch das Amt für Soziale Dienste« über den Tod des Jungen Kevin in Bremen vom April 2007 weist darauf hin, dass u. a. betriebswirtschaftliche Überlegungen, die in diesem Fall dem Amt wichtiger schienen als die am Einzelfall orientierte Hilfe, ebenso ihren Anteil am Tod des Kindes hatten wie die mangelnde personelle Ausstattung und Veränderungen in der Organisationsstruktur der Kinder- und Jugendhilfe.

Vor diesem Hintergrund ist die nun als Buch erschienene Dissertation von Ulrike Eichinger von einer enormen Brisanz. Sie stellt die Frage, wie sich der Strukturwandel sozialer Arbeit für die Beschäftigten konkretisiert, wie diese neuen Anforderungen begegnen und welche Handlungsmöglichkeiten bzw. Begrenzungen aus den politisch gewollten und als ökonomische Zwänge begründeten Strukturänderungen entstehen. Im Mittelpunkt stehen dabei die individuellen Handlungsmöglichkeiten und -unmöglichkeiten: nicht in Hinblick auf die innerpsychischen Ausstattungen, die Kompetenzen etc. der einzelnen SozialarbeiterInnen, sondern in Hinblick auf die veränderten strukturellen Bedingungen und ihre Bedeutung, die diese für die veränderten Arbeitsweisen der Professionellen jeweils haben.

Einen bedeutenden Teil der Buchs nimmt dabei – nicht nur quantitativ, sondern auch und vor allem qualitativ – die Darstellung des sozialstaatlichen Transformationsprozesses ein, welche das Bedingungsgefüge (politisch, ökonomisch, sozial etc.) aufschlüsselt, in dem aktuell sozialarbeiterisch gearbeitet wird und das sich in einem permanenten Veränderungsprozess befindet.

Außerordentlich informativ und in vielen Facetten mit großer Detailkenntnis zeigt Eichinger, dass und wie neoliberale Strategien (mehr Markt, mehr Konkurrenz, mehr »Freiheit« für die Unternehmen bei Schwächung der Staatskompetenzen im Sozialen und Stärkung derselben im Sicherheitsbereich) letztlich in EU-Rechtsnormen einfließen

und wie die *World Trade Organisation* und die damit verbundenen Think Tanks momentan daran arbeiten, den Dienstleistungsbereich für Soziales und Gesundheit (Gemeinwohl) aus staatlichen Händen in den privaten Warenmarkt zu überführen. Ebenso detailliert legt sie dar, wie sich in diesem Veränderungsprozess die Institutionen des Sozialstaats in Westeuropa und Deutschland einer programmatischen Neuausrichtung fügen und sie zum Teil durch QM-Prozesse vorantreiben.

Zum Schluss ihrer polit-strukturellen Analyse legt sie dar, welche Auswirkungen diese Veränderungen auf das Bedingungsgefüge hatten und haben, welches SozialarbeiterInnen als lohnabhängig Beschäftigte vorfinden. Besonders markant arbeitet sie in diesem Unterkapitel heraus, dass und wie die psychische und körperliche Belastung bei sozialarbeiterisch Tätigen weit über den Arbeitsbelastungen vieler anderer Dienstleistungsbereiche liegt und dass sich gleichzeitig SozialarbeiterInnen selten in Betriebs- und Personalräten organisieren bzw. sich an Arbeitskämpfen beteiligen, um ihre berufliche Situation kollektiv zu verbessern.

Eichinger schafft es, nah am Material der von ihr geführten Interviews die Perspektiven der Beschäftigten in Bezug auf die genannten Umstrukturierungsprozesse herauszuarbeiten und mit einer enormen Breite an Themen einzufangen.

Sie erarbeitet fünf idealtypische Begründungsmuster, in denen sich sozialarbeiterisch Beschäftigte finden:

1. Offen sein und eine positive Haltung einnehmen,
2. Dienst nach Vorschrift,
3. pragmatisch sein und sich für den Einzelnen engagieren,
4. Strategie des passiven Widerstands und
5. kritisch sein und sich für strukturelle Verbesserungen einsetzen.

Ihr Vorschlag für den Gebrauchswert ihres Buchs geht dahin, diese Begründungsmuster in die Fachdebatte ebenso »einzuspeisen« wie in den Kanon von Fortbildungsveranstaltungen im Bereich sozialer Arbeit. Weitergehend wäre es wohl sinnvoll, ihre Arbeit und die Analyse sowie die Diskussion der Begründungsmuster in den Bachelor-Kanon der neuen Studiengänge im Bereich Soziale Arbeit/Gesundheit aufzunehmen.

Beeindruckend an Eichingers Arbeit ist, dass sie einen klaren Blick auf die Lohnarbeitsform »Soziale Arbeit« zu werfen in der Lage ist und somit auch die angemessene Umsetzungs- und Auseinandersetzungsform für die von ihr entwickelten Resultate vorschlägt: das Mittel der Gefährdungsanalyse, das 1996 auf Druck der EU auch im deutschen Arbeitsrecht (Arbeitsschutzgesetz) seinen Platz gefunden hat. Nach allgemeiner Landes- und Bundesarbeitsgerichtsrechtsprechung ist das Arbeitsschutzgesetz zum einen eine Muss-Regelung für alle Arbeitgeber und zum anderen mitbestimmungspflichtig in allen Teilen. Im Bereich sozialer Arbeit wäre bei der Gefährdungsanalyse und bei der Erstellung eines Maßnahmenkatalogs zur Verbesserung der gesundheitlichen Arbeitsplatzsituation (wie bei einem anschließenden Controlling) insbesondere darauf zu achten – und das ist auch Eichingers Vorschlag –, die Arbeitsbelastung, insbesondere was die psychischen Problematiken angeht, deutlich zu verändern und auf ein menschenwürdiges Maß (ASchG §1) zurückzuschrauben. Solches Vorgehen, das dann auch Ausdruck in der Veränderung der Arbeits-, Zeit- und Personalstruktur einer Einrichtung finden müsste, könnte langfristig Erfolge zeitigen.

Das Buch, das durchweg auf einen pseudowissenschaftlichen Habitus verzichtet und damit ein wunderbares Beispiel für die These ist, dass jede gute Theorie auch praxisbezogen sein muss, füllt eine Lücke in der Fachdiskussion und zeigt gleichzeitig, wie gesellschaftliche Verhältnisse mit Subjektivität zusammengedacht werden können. Zudem stellt es den seltenen, aber wünschenswerten Fall einer »eingreifenden« wissenschaftlichen Arbeit dar.

von Dr. Klaus Weber

Ulrike Eichinger:
Zwischen
Anpassung und
Ausstieg.
Perspektiven von
Beschäftigten im
Kontext der
Neuordnung
Sozialer Arbeit.
Verlag für Sozial-
wissenschaften,
2009,
30,90 EUR



Ein Ministerialbeamter packt aus

Eine überzeugende Abrechnung mit Strauß und seinen Nachfolgern

Jahrelang hat Wilhelm Schlötterer als leitender Steuerbeamter im bayerischen Finanzministerium, zuständig für Steuerfahndung, Streuerstrafrecht und Steuererlass, miterlebt, wie unter den Ministerpräsidenten Strauß, Streibl und Stoiber Steuerhinterziehungen, Begünstigungen und Strafverhinderungen nicht nur geduldet, sondern von höchster Stelle angeordnet wurden, wenn bestimmte Personen wie Wienerwald-Eigentümer Jahn, Bäderkönig Zwick oder Waffenhändler Schreiber mit CSU-Oberem befreundet waren.

Als Schlötterer versuchte, diese gesetzwidrigen Dinge zu verhindern – vielfach ging es um Millionenbeträge, die veruntreut oder hinterzogen wurden –, sah er sich von 1977 bis 1993 zahlreichen Disziplinarverfahren, Strafanträgen sowie Um- und Versetzungen ausgeliefert, die er jedoch dank seiner Unbestechlichkeit und Unbeugsamkeit überstand. Verbunden allerdings mit erheblichen finanziellen Verlusten und mit dem ständig wachsenden Unbehagen, in einem Land zu leben, in dem sich die Spitzen der CSU schamlos des Staatsapparates bedienen und sich selbstherrlich über Recht und Gesetz hinwegsetzen.

Jetzt hat Schlötterer als Ruheständler das Schweigen gebrochen und seine persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen minutiös niedergeschrieben. Unumwunden räumt er als langjähriges CSU-Mitglied ein, dass er hofft, mit dieser Publikation den bis heute bestehenden Strauß-Mythos zu beenden.

Denn Strauß war, wie Schlötterer nachweist, in keiner Weise ein gütiger und auf Gerechtigkeit bedachter tief christlicher Landesvater, sondern ein brutaler und geldgieriger Machtmensch, der sich durch illegale Finanzgeschäfte um Hunderte von Millionen bereichert hat und alle, die ihm dabei im Wege standen, zur Strecke brachte, was allerdings nur möglich war, weil die CSU wie ein Mann hinter ihm stand, in erster Linie die Landtagsfraktion.

Nach seinem Tod, so Schlötterer weiter, haben Streibl, Stoiber, Huber, von Waldenfels und andere das von Strauß geschaffene System des »juristischen Kannibalismus« mit Druck auf StaatsanwältInnen und JustizbeamtInnen fortgesetzt, wenn auch zuweilen geschickter und moderater.

Das bis heute benutzte Waffenarsenal in Form manipulierter Beweise, falscher Dokumente, verschwundener Akten oder

vorgeschobener Steuergeheimnisse, die angeblich nicht gestatten, erhobenen Anschuldigungen nachzugehen, beschreibt Schlötterer abschließend systematisch.

Etlliches von dem, was in diesem Buch ausführlich und äußerst anschaulich dargestellt wird, ist kritischen Zeitgenossen teilweise bekannt. Neu ist, wie maßlos, zynisch und mit bestem Gewissen Recht und Gesetz in der Vergangenheit gebrochen wurden und wie unmenschlich man mit denen umging, die sich dem Rechtsstaat verpflichtet fühlten. Wer Schlötterers Erinnerungen gelesen hat, und das gilt mit Sicherheit auch für treue CSU-Anhänger, wird davon überzeugt sein, dass es allerhöchste Zeit ist, Strauß seines Glorienscheins zu berauben und ihn endlich von dem Sockel zu stürzen, auf dem er bis jetzt für viele unangefochten thront.

von Thilo Castner

Wilhelm Schlötterer: *Macht und Missbrauch. Franz Josef Strauß und seine Nachfolger.* Fackelträger Verlag, Köln 2009, 412 S., 22,95 EUR



Herzkrank und auf der Suche nach sich selbst

Für aufmerksame Leser der DDS ist der in Möhrendorf bei Erlangen lebende Autor Winfried Klose kein Unbekannter. Aber während er in dem Roman »Ohne Fluchtpunkt – eine Jugend in den fünfziger Jahren« Erlebnisse seiner Kindheit und Jugend verarbeitet hat, geht es dieses Mal um die schwermütigen Gedanken und komplexen Reflexionen eines alten Mannes, gezeichnet von den Folgen einer langwierigen Herzerkrankung.

Der Ich-Erzähler tut sich schwer, seine Emotionen und Gedankengänge zu ordnen. Die Assoziationen sind willkürlich und bruchstückhaft, widersprüchlich und vielfach verworren. Da sinniert er über den Tod, der ihm Leben bedeutet, während er gleichzeitig das Leben als Tod empfindet. Er lauscht den Schlägen seines Herzens, gedenkt der Zeiten mit Frau und Geliebter, beklagt die Unvernunft der Gesellschaft, ist

verbittert über Rückschläge mit seinem Verlag, träumt von einem besseren Leben, das er gleichzeitig verachtet. Er spürt den Tod, sehnt ihn sich herbei, will jedoch unbedingt auch weiter leben.

Klar, dass in dem Ich-Erzähler der Autor zu vermuten ist und die beschriebenen Erinnerungen Ergebnis eines langen persönlichen Leidens sind. Erneut überrascht Klose durch Sprachakrobatik und stilistische Eleganz, aber die endlosen Assoziationen, Einschübe und Rückgriffe auf weit zurück-

Winfried Kloses zweites Buch

liegende Begebenheiten machen das Lesen nicht eben einfach – es gibt keinen roten Faden, keine Struktur, keine Gliederung. Dennoch ist das Buch lesenswert, vor allem für LehrerInnen. Denn so wie Klose lange vor Beendigung seiner Lehrtätigkeit von schwerer Erkrankung heimgesucht wurde, ist es manch anderer/m von uns ergangen.

von Thilo Castner

Winfried Klose: *Die angelehnte Tür.* Sardes Verlag, Erlangen 2009. 147 S., 12,80 EUR



Gender hier, Gender da ...!

Gender Mainstreaming – Genderpädagogik – alles muss gegendert werden ... Haben die Leute keine anderen Probleme? Was verbirgt sich wirklich hinter Begriffen wie Geschlechtergerechtigkeit, Geschlechterdifferenzierungen, geschlechtersensibles Arbeiten?

Neben sozialer und kultureller Herkunft, dem Bildungsgrad und den jeweiligen Familienverhältnissen ist Geschlecht eine wesentliche Kategorie für alle pädagogischen Interventionen. In einem Workshop erhalten Fachfrauen und Fachmänner Basics zu Gender Mainstreaming und Genderpädagogik, so dass sie ihre Praxis auf dieser Grundlage reflektieren können.

Termin: 13.11.2009, 9.30 Uhr bis 17.00 Uhr
Kosten: 11 Euro

Anmeldeschluss: 13.10.2009

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für
Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

» ... und dann haben sie aufgehört mir auf dem Kopf rumzutanzeln!«

Eine Fortbildung für Fachfrauen soll dazu dienen, ihnen Strategien für den Umgang mit schwierigen und grenzüberschreitenden Jungen zu vermitteln. Erkenntnisse aus der Jungenarbeit werden für die Jungenpädagogik zur Verfügung gestellt und die Besonderheiten der Konstellation z. B. durch die Geschlechterhierarchie thematisiert.

Neben der Vermittlung von Hintergrundwissen, das Jungenverhalten erklärbar machen kann, liegt der Schwerpunkt auf der Erarbeitung von Best-Practice-Modellen und Strategien zur pädagogisch sinnvollen geschlechtersensiblen Arbeit mit Jungen.

Termin: 27.11.2009, 9.30 - 17.00 Uhr

Kosten: 50 Euro

Anmeldeschluss: 27.10.2009

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für
Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

Abmahnung – was tun?

Ob als Vorstufe zu einer möglichen Kündigung oder als Mittel zur Disziplinierung – in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit sind Abmahnungen sehr bedrohlich. ArbeitnehmerInnen und ihre Interessenvertretungen sollten daher über Bedeutung und Folgen einer Abmahnung gut informiert sein.

In seiner neuesten Auflage behandelt der Ratgeber für ArbeitnehmerInnen und InteressenvertreterInnen des Bund-Verlages vom Autor Heinz-Josef Eichhorn u. a. folgende Fragen: Welches Verhalten kann der Arbeitgeber abmahnen? Wie muss eine wirksame Abmahnung formuliert sein? Wann ist eine Abmahnung vor Ausspruch einer Kündigung erforderlich? Welche formellen Kriterien müssen eingehalten wer-

Dies und Das

den? Wie können sich ArbeitnehmerInnen bzw. der Betriebsrat gegen eine Abmahnung wehren? Wann können auch Betriebsratsmitglieder abgemahnt werden?

Der Ratgeber enthält eine ausführliche und aktualisierte Rechtsprechungsübersicht zur Abmahnung sowie zahlreiche Muster von Gegendarstellungen.

Betroffene ArbeitnehmerInnen wie auch die Interessenvertretungen können mit diesem Ratgeber rechtliche Konsequenzen einer Abmahnung überschauen und geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen. Ausführlich geht das Buch auch auf Mobbing, sexuelle Belästigung und Diskriminierung in abmahnungsrelevanter Hinsicht ein.

Der Ratgeber umfasst 172 Seiten, kartoniert, ISBN 978-3-7663-3931-7. Er kostet 14,90 EUR.

Kontakt für Informationen und Rückfragen:

Bund-Verlag GmbH • Christof Herrmann

Heddernheimer Landstr. 144 • 60439 Frankfurt

Tel. 0 69-79 50 10 49, Fax: 0 69-79 50 10 29

E-Mail: christof.herrmann@bund-verlag.de

www.bund-verlag.de

DGB-Ratgeber: Lohnsteuer-ABC

Um in Sachen Lohnsteuer den Überblick nicht zu verlieren, müssen ArbeitnehmerInnen mit einer Vielzahl von Begriffen vertraut sein. Ob Abwrackprämie, Abfindung, Eigenheimzulage oder Elterngeld – im aktuellen Ratgeber »Das ABC von 43 Lohnsteuerbegriffen 2009« erläutert der DGB die wichtigsten Aspekte. Dabei beschreibt die Broschüre nicht nur die grundlegenden Elemente des deutschen Steuersystems, sondern ordnet auch die verschiedenen Formen prekärer Beschäftigung mit ein. MinijobberInnen, kurzfristig Beschäftigte und Hartz-IV-EmpfängerInnen erhalten wichtige Tipps und Hinweise, um alle Leistungen und Rechte in Anspruch nehmen zu können.

www.dgb-bestellservice.de

DGB-Broschüre: Ratgeber zu Hartz IV

Jeder zehnte Deutsche hat Ende 2008 Hartz-IV-Leistungen bezogen. Der Konjunkturaufschwung der vergangenen Jahre hat kaum zu einem Rückgang der Hilfebedürftigen geführt – und jetzt ist die Krise da. Gleichzeitig explodiert die Zahl der Klagen vor den Sozialgerichten: Von 57.000 im Jahr 2005 auf 175.000 im vergangenen Jahr – Recht bekommen oft die KlägerInnen, also die LeistungsbezieherInnen.

Der aktualisierte Ratgeber »Hartz IV – Tipps und Hilfe des DGB« informiert umfassend über Rechte und Pflichten rund ums Arbeitslosengeld II. Die Broschüre greift die grundlegenden Begriffe auf: von der Bedarfsgemeinschaft über Freibeträge bis zu Eingliederungsmaßnahmen. Außerdem zeigt der Ratgeber, wie Betroffene sich er-

folgreich gegen fehlerhafte Hartz-IV-Bescheide wehren können.

Die Broschüre kann für einen Euro zusätzlich Porto und Versandkosten online bestellt werden, bei Sammelbestellungen ab 20 Exemplaren reduziert sich der Preis auf 70 Cent.

www.dgb-bestellservice.de

»Mit einem Lächeln auf den Lippen«

Ein Tag im Sommer 2007: In einer Hamburger Beratungsstelle für MigrantInnen taucht Ana S. auf. Die Lateinamerikanerin arbeitet seit drei Jahren als unterbezahlte und ausgebeutete Hausangestellte bei einer deutschen Familie – sie hat keinen Aufenthaltstitel und keine Papiere. Die »ambulante Betreuung für MigrantInnen« des Hamburger Vereins Verikom und die Gewerkschaft ver.di nehmen sich des Falls an: Ana S. zieht schließlich, obwohl sie als »Illegale« in Deutschland lebt, vors Arbeitsgericht. Die Filmemacherin Anne Frisius hat Anas Fall begleitet und erzählt ihre Geschichte im Dokumentarfilm »Mit einem Lächeln auf den Lippen«. Die Botschaft des Films: Auch »Illegale« haben Rechte – und es lohnt sich, für diese Rechte zu streiten. Nicht zuletzt, um Menschen mit einem ähnlichen Schicksal Mut zu machen.

Der Film kann für 35 Euro (für private Einzelbezieher nur 25 Euro) zuzüglich Versandkosten online bestellt werden:

www.kiezfilme.de/laecheln

Netzwerkkampagne bauTraum 2010

Die Netzwerkkampagne bauTraum ist eine bundesweite Aktions- und Informationsplattform zum Thema Baukultur und Schule. Ihr Ziel ist es, Kinder und Jugendliche für die aktive Gestaltung lebenswerter Räume zu begeistern. Pädagoginnen und Pädagogen sind aufgerufen, dazu eigene oder andere Projekte in ihren Unterricht und Schulalltag zu integrieren.

Die Bundesstiftung Baukultur und ihr Förderverein rufen gemeinsam mit der Bundesarchitektenkammer und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz zur bundesweiten Netzwerkkampagne bauTraum im 2. Schulhalbjahr 2009/2010 auf. Baukultur soll in unserer Gesellschaft Schule machen.

Akteure sind SchülerInnen und mit ihnen Lehrende, ErzieherInnen. Aktionen könnten sein: thematischer Unterricht, Projekttag, Workshops, Ausstellungen, Diskussionsforen, handwerkliche Aktivitäten, Baubegehungen, Klassenreisen ... Die Teilnehmenden organisieren die einzelnen Aktio-

**Die
Klassenfahrtseite**
jede Woche neue Angebote
www.schulfahrt.de
Tel. 0 35 04/64 33-0

nen eigenverantwortlich und in eigener Finanzierung – gern in Zusammenarbeit mit Partnern aus unterschiedlichen Erfahrungsbereichen. Alle TeilnehmerInnen werden mit ihren Aktivitäten auf der Kampagnen-Website sowie in der abschließenden Dokumentation vorgestellt und nutzen das gemeinsame Kampagnen-Logo.

Aktuell sucht der Förderverein für die Werkstätten der Eröffnungsveranstaltung am 1. Februar 2010 in Naumburg interessierte Schulen, die sich beteiligen möchten. Interessierte melden sich gern bei der Geschäftsstelle des Fördervereins. Dort gibt es auch weitere Informationen zur Kampagne und man kann sich dafür anmelden.

Förderverein Bundesstiftung Baukultur e. V.
Köpenicker Straße 48/49 • 10179 Berlin
Tel. 0 30-27 87 57 97 • Fax: 0 30-27 87 59 17
bautraum@bundesstiftung-baukultur.de
www.bautraum.de

»Schlauer statt Rechts« – Musik als Sprachrohr

Die Multimedia-CD zur musikalischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist ein Ergebnis der Kampagne »schlauer statt Rechts« der vier Arbeiterjugendverbände DGB Jugend NRW, SJD – Die Falken NRW, Landesjugendwerk der AWO NRW und Naturfreundejugend NRW.

Rechtsextreme versuchen, Jugendliche insbesondere über das Medium Musik für sich zu gewinnen. Als niedrigschwellige Anspracheform spielt Musik eine große Rolle. Seit ihrer Entdeckung wird sie zur Stimmungsmache gegen Konkurrenten ebenso wie zur Verbreitung eigener Ideologien genutzt. Sie ist verbindendes Element unter Gleichgesinnten und fasziniert Unbedarfte.

Welche Rolle Musik im Nationalsozialismus gespielt hat und welche Rolle rechte Musik heute einnimmt, soll auf der CD zum Unterricht aufbereitet werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Kooperation mit

Dies und Das

Esther Bejarano als Überlebender des Mädchenorchesters in Auschwitz und mit der Microphone Mafia als heute aktueller Band, die gemeinsam an dem Thema gearbeitet und schließlich gemeinsam Lieder neu vertont haben. Darüber hinaus wurde ein Film von einer Lesung mit Esther Bejarano für die CD zur Verfügung gestellt.

Die Argumentationshilfe gegen die rechte Schulhof-CD der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf findet sich auf dieser CD, ebenso die Präsentation »Rechtsextreme Musik im Internet« der Initiative jugendschutz.net.

Die übrigen Materialien wurden von Aktiven aus den beteiligten Jugendverbänden erarbeitet und umgesetzt. Begleitet werden die Bildungsbausteine von Hinweisen zur Methodik, die im Unterricht oder in der außerschulischen Bildungsarbeit angewendet werden kann. Durch die Moderationsanweisungen soll auch inhaltlich unerfahrenem Lehrpersonal der Einstieg ins Thema erleichtert werden.

Die CD gibt es kostenlos unter:
www.schlauer-statt-rechts.de

Soziales Engagement als Voraussetzung für ein Stipendium von Nordlicht

Unter dem Motto »Bist du für andere da – dann ist das Nordlicht-Stipendium auch für dich da!« vergibt die Stiftung Nordlicht Stipendien an SchülerInnen, Schulklassen und junge Erwachsene!

Auch für 2010 gibt es Stipendien für einen Work- and Travel-Aufenthalt, Auslandspraktika und SchülerInnenaustauschprogramme im Wert von über 10.000 Euro. Alle Jugendlichen, Schulklassen und junge Erwachsene, die gerne ein Auslandsprogramm absolvieren möchten, die damit ver-

bundenen Kosten aber nicht aus eigener Kraft aufbringen können, haben noch bis zum 30.11.09 die Möglichkeit, sich für das Nordlicht-Stipendium zu bewerben.

Entscheidend für die Vergabe eines Stipendienplatzes der im Jahre 2004 ins Leben gerufenen Stiftung Nordlicht ist vor allem das soziale Engagement der jungen Menschen. Dazu zählen insbesondere Aktivitäten zur Förderung der internationalen Verständigung, aber auch beispielsweise die Mitarbeit in einer Gemeinde, an einer Schülerzeitung, im Alten- oder Behindertenheim oder aktive Nachbarschaftshilfe.

Als Belohnung locken verschiedene Programme, die frei zur Auswahl stehen: Voll- und Teilstipendien für diverse SchülerInnenaustauschprogramme in viele Länder weltweit, das DKB-Stipendium für einen Work- and Travel-Aufenthalt inklusive Flug nach Australien und ein Stipendium für das Schulprojekt »Class United«. Für Letzteres können sich Schulklassen bewerben, die vorhaben, ein soziales Projekt durchzuführen – als Gegenleistung dürfen mehrere SchülerInnen an einem SchülerInnenpraktikum in England teilnehmen, Flug, Kost und Logis werden natürlich übernommen.

Die Kieler Austauschorganisation KulturLife stellt zusammen mit der Deutschen Kreditbank diese Programme als Förderer zur Verfügung.

Bewerben können sich junge Menschen im Alter von 12 bis 29 Jahren. Bewerbungsschluss ist der 30. November 2009.

Um die Stipendien auch in Zukunft anbieten zu können, ist die Stiftung dringend auf die finanzielle Unterstützung von Unternehmen, Institutionen und Privatpersonen angewiesen.

Erfahrungsberichte ehemaliger und aktueller StipendiatInnen, nähere Beschreibungen zu den Voraussetzungen sowie die Bewerbungsunterlagen als Download finden sich im Internet unter

www.nordlicht-stipendium.de.



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AjuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter: www.AjuM.de (Datenbank) oder www.LesePeter.de

Im Oktober 2009 erhielt den LesePeter das Jugendbuch

Shem-Tov, Tami: Das Mädchen mit den drei Namen

Aus dem Hebräischen und Niederländischen übersetzt von Mirjam Pressler, Zeichnungen von Jacob van der Hoeden
Fischer Schatzinsel • 2009 • 302 Seiten • 14,95 EUR
ab 12 Jahren • ISBN 978-3-596-85373-1

Die Niederlande werden von den Deutschen besetzt, das Leben der Juden verschlechtert sich dramatisch. Lienekes Vater gelingt es, die Familie zu atomisieren: Jeder findet einen anderen Unterschlupf, nur er weiß die Adressen. Zur jüngsten Tochter hält er über Briefe Kontakt, neun vor Fantasie und Liebe strotzende Briefe, die den Hintergrund der Erzählung bieten. Das Leben im Untergrund wird für Lieneke zum Normalfall, das Verschweigen, das Verstecken. Die Briefe und die Helfer lassen sie überleben.



**Klinik am
Leisberg**
BADEN-BADEN

Von hier an geht
es aufwärts!

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

HOTLINE: 07221/39 39 30

Gurzenhachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychische Medizin
Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!

Interessante Veranstaltungen ab Oktober 2009

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: sg@bayern.gew.de

07.10.09	Vier Bücher – Ein Thema: Pädagogisches Quartett. GEW Aschaffenburg greift das Thema Disziplin und Pädagogik auf.	Büchervorstellung und Diskussion	Aschaffenburg Martinushaus, 20.00 Uhr
10.10.09	bildung anders 18 – »Eine Schule für alle«. Mit Otto Herz. Acht Workshops werden angeboten. Info/Anmeldung: gew@brandenstein.de www.gew-unterfranken.de schule und FIBS	Fortbildungstag der Seminarreihe »bildung anders«	Ochsenfurt Hauptschule, Fabrikstr. 1 10.30 - 16.00 Uhr
14.10.09	1929 – Weltwirtschaftskrise, 2009 – ? Mit Prof. Rainer Roth. Eine Kooperationsveranstaltung von GEW und ver.di Nürnberg.	Vortrag mit Diskussion	Nürnberg DGB-Haus, 19.00 Uhr
23.-24.10.09	Jahresseminar der AG Perspektiven der GEW Bayern. ** Mit Hans Elias. Anmeldung: sg@bayern.gew.de , Tel. 0 89-54 40 81 16	Seminar	Nürnberg Karl-Bröger-Zentrum
23.-24.10.09	Neumitgliederseminar. Die GEW – Personal, Politik und Perspektiven kennenlernen. ** Mit Moni Hartl.	Seminar	Augsburg Jugendherberge
25.10.09	GEW-Kultur(sonn)tag. Wandern auf dem Kulturweg Eschau-Wildensee. Ein Angebot der GEW Aschaffenburg-Miltenberg. Anmeldung bei Peter Adler: 0 93 74-21 21, peter@gew-unterfranken.de	Kulturwanderung	Eschau 14.00 Uhr
29.10.09	Probleme und Zukunft der Wirtschaftsschulen in Bayern. Mit Abgeordneten der Fraktionen des bayerischen Landtags. (Näheres siehe nächste Seite.)	Round-Table-Gespräch	Nürnberg Städt. Wirtschaftsschule 17.00 Uhr
10.11.09	1989 – Was ist da untergegangen. Mit Prof. Georg Fülberth. Eine Kooperationsveranstaltung von GEW und ver.di Nürnberg.	Vortrag mit Diskussion	Nürnberg DGB-Haus, 19.00 Uhr
11.11.09	Übergangssysteme am Beispiel bfz-Aschaffenburg. Ein Angebot der GEW Aschaffenburg-Miltenberg.	Exkursion	Aschaffenburg bfz, Lange Str. 14, 15.00 Uhr
21.11.09	Frauen beraten Frauen. Beratungssituationen im pädagogischen Alltag. Mit Renate Oehler. (Näheres siehe unten.)	Seminar	Nürnberg DGB-Haus, 10.30 - 16.30 Uhr

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, bitte per E-Mail anfordern. Ein Eintrag in die Mailinglist ist jederzeit widerruflich!

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, sg@bayern.gew.de, Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87
 ** Teilnahmegebühr

Frauen beraten Frauen
Ein Seminar des Landesfrauenausschusses der GEW Bayern für Frauen, die in ihrem pädagogischen Alltag mit Beratungssituationen konfrontiert sind.

am 21. November 2009
 von 10.30 – 16.30 Uhr in Nürnberg, DGB-Haus

In unserem beruflichen und gewerkschaftlichen Alltag geraten wir häufig in Beratungssituationen. Die Referentin Simone Schönfeld gibt eine Einführung in die Praxis der Beratung. Es werden Methoden und Beratungsinstrumente vorgestellt und konkrete Beratungssituationen gemeinsam analysiert und bearbeitet.

Das Seminar ist für maximal 15 Teilnehmerinnen aus allen GEW-Bereichen ausgelegt.

Anmeldungen bis spätestens 9. November 2009 an:
 Renate Oehler E-Mail: renate.oehler@web.de

Ganztagesfortbildung: Umgang mit schwierigen Situationen für Lehrerinnen und weibl. Beschäftigte aller Bildungseinrichtungen

Stopp – es reicht!

Lehrerinnen sind aufgrund ihres Geschlechts häufig mit sprachlichen, psychischen und körperlichen Übergriffssituationen im Schulalltag konfrontiert. Ob Schüler, Kollegen, Eltern und Vorgesetzte ... oft geht es vor allem um das Austesten von Machtstrukturen. Frühzeitiges Wahrnehmen, professionelles Handeln und aktiv Grenzen setzen sind wichtige Schritte der Gewaltprävention und werden aufgezeigt und eingeübt. Ziel ist selbstbewusstes, situationsangemessenes Agieren und Reagieren bei unterschiedlichen Grenzüberschreitungen. Eigene Situationen können eingebracht werden.
 Referentin: Judith Barnickel
 Nürnberg • Pädagogisches Institut • Dienstag 10.11.09 • 9.00-16.00 h
 Eigenbeteiligung: 25 Euro • Anmeldung über: www.pi-nuernberg.de



Einladung zur 8. Pädagogischen Konferenz

**Bildungsgerechtigkeit
 Auftrag der Schule
 Zumutung oder Chance**

20. - 22. November 2009 in Lingen
Ludwig-Windthorst-Haus
Katholisch-Soziale Akademie Lingen

Der gesellschaftliche Auftrag, für Gerechtigkeit, für Bildungsgerechtigkeit in der Schule zu sorgen, ist leicht ausgesprochen. Wie diese Gerechtigkeit auszugestaltet ist, wird in vielen Fällen der Schule selbst überlassen. Damit kommt der Schule, jeder einzelnen Schule, eine besondere Bedeutung zu. Zumutung und Chance, so der Untertitel der Pädagogischen Konferenz, zeigt auf, welche Gefahren in dieser Übertragung liegen. Die Pädagogische Konferenz soll unter drei Schwerpunktsetzungen durchgeführt werden:

- Bildungsgerechtigkeit – kontroverse Ansätze
- Bildungsgerechtigkeit – vor Ort ermöglichen und mit Prinzipien gestalten
- Bildungsgerechtigkeit – gesellschaftliche Ansätze

Informationen und Anmeldung (bitte bis 15.10.2009) an:
GEW-Hauptvorstand/Parlamentarisches Verbindungsbüro
 z. Hd. Antje Lindner • Wallstr. 65 • 10179 Berlin •
 Tel. 0 30/23 50 14-11 • Fax: 0 30/23 50 14-10 • antje.lindner@gew.de
 Bitte nur schriftliche Anmeldungen vornehmen.

Herzlichen Glückwunsch!

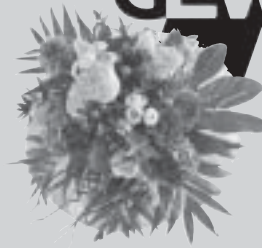
Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Oktober Geburtstag feiern, ganz besonders

Ludwig Reitberger, München, zum **98**.
Roswitha Friedrich, Rodach, zum **76**.
Dietlinde Stücklen, Gröbenzell, zum **74**.
Herbert Sambale, Murnau, und
Oswald Then, Prittriching, zum **73**.
Gudrun Bergmann, München,
Horst Ebeling, Schörfling, und
Dr. Johannes Nowak, Königsbrunn, zum **72**.
Gerte Hubel, Bodolz, und
Gottlieb Gollwitzer, Nürnberg, zum **71**.
Renate Baier, Augsburg,
Edda Presser-Heiner, München, und
Johann Holzner, Wörth, zum **70**.

sowie zum **65**.

Dr. Carla Graßal-Crovett, Rückersdorf,
Astrid Klemm, München,
Elke Krauss, Gunzenhausen,
Christa Rebhan, Nürnberg,
Renate Stingl, Oberhaching,
Alfons Balthesen, München,
Eberhard Beck, München,
Rainer Beer, Ebersberg,
Helmut Oskar Brückner, Bayreuth,
Holger Ehlers, München,
Klaus Glöckner, Olching,
Dr. Werner Hopf, München,
Wolfgang Püschel, München,
Hermann Reiter, Schönau-Unterhöft,
Hans Jürgen Rukop, Feucht,
Wolfgang Stenger, München, und
Friedrich Karl Tröger, Haimhausen.

GEW



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten. Im Oktober gilt unser Dank ganz besonders

Helmut Michalski, Frasdorf, für **61 Jahre** Mitgliedschaft,
Helmut Stock, Lauf, für **56 Jahre** Mitgliedschaft,
Helga Jug, Bad Reichenhall,
Elisabeth Knapp-Lubos, Dillingen,
Helmut Liebler, Wachenroth,
Walter Säuringer, Weißenburg, und
Peter Timm, Ingolstadt, für **40 Jahre** Mitgliedschaft,
sowie für **35 Jahre** Mitgliedschaft

Maria-Rita Beck, München,
Monika Eichhorn-Dinkel, Baiersdorf,
Hannelore Köllisch, Ansbach,
Brigitte Langer, Coburg,
Gisela Leichtfuß, München,
Gerlinde Maderholz, Mainbernheim,
Brigitte Mieth, Nürnberg,
Anna Mühlbauer, Dorfen,
Dagmar Müller-Holve, Ebenhausen,
Edda Presser-Heiner, München,
Brigitte Scheinhammer-Schmid, Neu-Ulm,
Barbara Schwörer-Willis, Gutenstetten,
Walter Büttner, Geretsried,
Joachim Goslar, Untersiemau,
Bernd Jacobi, Nürnberg,
Rainer Müller, Fürth,
Dr. Ulrich Scheinhammer-Schmid, Neu-Ulm,
Peter Schmidkunz, Nürnberg,
Max Dieter Schneider, Ebrach,
Wolfgang Tröster, Karlstadt,
Rudolf Waschke, Eckersdorf, und
Karl-Friedrich Weis, Pommelsbrunn.



Hiermit laden wir herzlich ein zum Round-Table-Gespräch der GEW:

Probleme und Zukunft der Wirtschaftsschulen in Bayern

am Donnerstag, 29. Oktober 2009 in Nürnberg • 17.00 Uhr

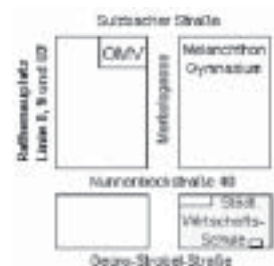
in der Städtischen Wirtschaftsschule Nürnberg, Nunnenbeckstr. 40, 90489 Nürnberg

Haltestellen: U-Bahn U2 Rathenauplatz • Straßenbahn Linie 8 Stresemannplatz

mit den Landtagsabgeordneten:

Karl Freller, CSU, ehemaliger Staatssekretär im Kultusministerium • Angelika Weikert, SPD
Günther Felbinger, Freie Wähler, Mitglied des Bildungsausschusses • Christine Stahl, Grüne, Vizepräsidentin
des Landtags • Renate Will, FDP, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion

Gesprächsleitung: Reinhart Bell, GEW



Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

Ansbach Termine/Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch und Vorstands-Treff, Podium, Gerberplatz 1, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr Arbeitslosenberatung: jd. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1
Kontakt: Markus Weinberger, ☎ 0 91 91/97 44 51

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, gew-unterallgaeu@gmx.de

Mittelfranken AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 21.00 Uhr
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 01 70-5 43 04 55

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: sabine.herzig@bayern.gew.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, fam.lungmus@t-online.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57, www.gew-rosenheim.de

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Metropolis, Gutermannpromenade
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Reichelbräustüberl, Ackerstraße, Nähe JUZ
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

Würzburg jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

www.gew-bayern.de